:antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 3.5.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 ¤

www.antifaschistische-nachrichten.de

Rechte Wahlkämpfer

NRW. An der Landtagswahl in NRW beteiligen sich auch wieder eine Reihe extrem rechter Gruppierungen. Die NPD und die sog. „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen“ kandidieren landesweit. Auch die „Freien Wähler“, die mit Unterstützung des „Junge Freiheit”-Autors und ehemaligen BDI-Chefs Hans-Olaf Henkel in den Wahlkampf ziehen, und die neoliberale „Partei der Vernunft“ kandidieren auf Landesebene. Publizistische Unterstützung erhält letztere von der einschlägig rechten Zeitschrift „eigentümlich frei“, deren Herausgeber Andre Lichtschlag 2009 den „Gerhard Löwenthal-Preis“ der „Jungen Freiheit“ erhielt. Auf Wahlkreisebene finden sich vereinzelt auch Kandidatinnen und Kandidaten der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ (Köln und Essen), von „Ab jetzt… Bündnis für Deutschland“ (Rhein-Sieg-Kreis) und des revanchistischen „Bund für Gesamtdeutschland“. Letzterer kandidiert nur im Oberbergischen Kreis. Dabei erhält er neuerdings Unterstützung von Akteuren der Schutzgemeinschaft „Deutsche Heimat“ der Deutschen aus Russland um Johann Thießen (Hürtgenwald) und Andrej Triller (Hattingen). Diese verfügten in der Vergangenheit über gute Verbindungen zur NPD. Im März wurden Thießen und Triller in den Landesvorstand des „Bund für Gesamtdeutschland“ in NRW gewählt. Akteure der „Schutzgemeinschaft“ gehören nun auch den Vorständen der Kreisverbände Düren und Oberbergischer Kreis an. *hma* ■

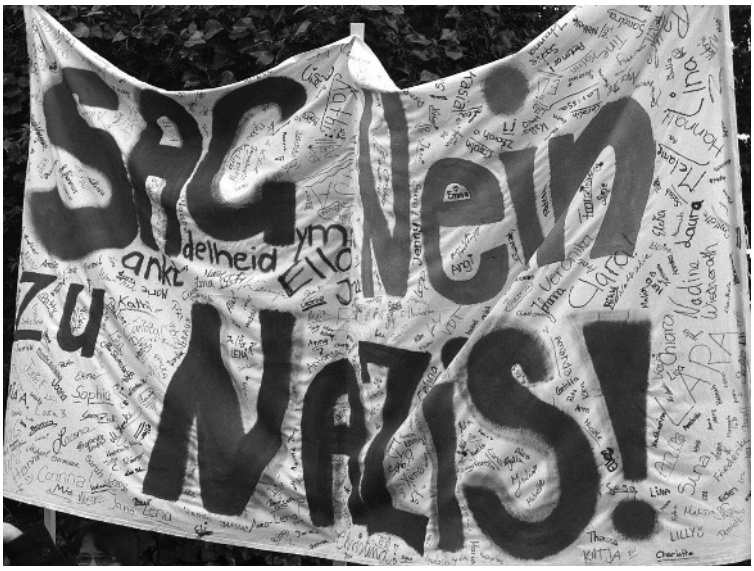
Dubiose Anlegertagung

Hamburg. Unter dem Motto „Euro-Misere ohne Ende“ findet am 1. und 2. Juni in Hamburg die „3. Hamburger Mark Banco Anlegertagung“ statt. Diese wird vom Hamburger „Institut für Austrian Asset Management“ (Ifaam) in Kooperation mit der „Jungen Freiheit“ durchgeführt. Als Referenten der Tagung, die auch in der „Jungen Freiheit“ beworben wird, werden u.a. Fondsmanager, Vermö-

Aus dem Inhalt:

Straffreiheit für rechte Bombenbastler 3

Veranstaltung der antifaschistischen Nachrichten und RLS zum NSU-Skandal 6



Transparent der SchülerInnen des St. Adelheidis Gymnasiums in Bonn beim Protest gg. den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 2012 in Bonn-Beuel

Frankreich:

Tendenzen nach dem ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl (22. April)

18 Prozent: So viel erhielt die extreme Rechte bislang frankreichweit, „auf nationale Ebene“, noch nie. Ihre bisherigen Rekordwerte lagen bei 16,8 % im ersten und 17,8 % im zweiten Wahlgang für Jean-Marie Le Pen, bei der Präsidentschaftswahl 2002. Allerdings konnte er damals als einer der beiden Bestqualifizierten in die Stichwahl einziehen. In diesem Jahr gelingt dies seiner Tochter Marine Le Pen nicht, die am gestrigen Sonntag als drittstärkste Bewerberin um die französische Präsidentschaft abschnitt.

Laut den amtlichen Ergebnissen des Innenministeriums erhielt Marine Le Pen 17,90 % der Stimmen. Diese Stimmenzahl umfasst sowohl das europäische Frankreich als auch die „Überseegebiete“ Frankreichs, wo Le Pen unterdurchschnittlich abschnitt (8 Prozent). Die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde’ gibt für das ‚Hexagone’, also Frankreich im europäischen kontinentalen Rahmen und ohne „Überseegebiete“, einen Stimmenanteil der rechtsextremen Kandidatin von 18,3 % an.

Ihr Anteil entspricht in absoluten Zahlen 6,421 Millionen Stimmen. Zum Vergleich: Im April 2002 erhielt der damalige FN-Kandidat Jean-Marie Le Pen noch 16,8 % mit 4,805 Millionen Stimmen, zu denen aber noch die Wähler des rechtsextremen Konkurrenten Bruno Mégret – 2,2 % und 667 000 Stimmen – hinzugerechnet werden müssen. Und in der zweiten Runde erhielt Jean-Marie Le Pen, der damals neben Jacques Chirac in die Stichwahl einziehen konnte, in absoluten Zahlen 5,525 Millionen Stimmen und einen Anteil von 17,79 %. (Und im April 2007 – bei einer Wahl, die für die extreme Rechte schwierig war und unter ungünstigen Bedingungen stattfand – fiel Jean-Marie Le Pen auf einen prozentualen Anteil von 10,44 % und insgesamt 3,835 Millionen Stimmen.)

Gegenüber dem bisherigen Höchststand der Stimmergebnisse des Front National, dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl von 2002, hat Marine Le Pen also fast eine Million Stimmen hinzugewonnen. In den letzten Jahren ist allerdings auch die Gesamtzahl der in die

Fortsetzung Seite 10

→

gensverwalter, rechte Publizisten sowie Autoren der „Jungen Freiheit“ und von „eigentümlich frei“ angekündigt. Prof. Dr. Arnulf Baring wird ebenso als Redner erwartet. An einer Podiumsdiskussion sollen der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler und Ralf Flierl teilnehmen. Flierl ist Chefredakteur des Börsenmagazins „Smart Investor“, das u.a. in einschlägig rechten Publikationen beworben wird. Dem Wissenschaftlichen Beirat des Hamburger Instituts gehört auch Kristof Berking an, der in den 1990er Jahren Funktionär des rechtsgewirkten „Bund freier Bürger“ war.

hma ■

Zoff in der Burschenschaft

BONN. Knapp 200 Mitglieder der „Deutschen Burschenschaft“ haben in einem Protestbrief gefordert, dass der Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter!“, Norbert Weidner, unverzüglich sein Amt niederlegt. Sollte Weidner dies nicht tun, müsse der Verbandsrat ihn entlassen. Vorgeworfen wird Weidner, in einem Leserbrief an die Mitgliederzeitschrift der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn“ gegen den 1945 im KZ Flossenbürg ermordeten evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer gehetzt und diesen als Landesverräter bezeichnet zu haben. Die FDP, der Weidner heute angehört, hat mittlerweile ein Ausschlussverfahren gegen diesen eingeleitet. Weidner war in den 1990er Jahren Funktionär der später verbotenen Neonazi-Partei FAP. *hma* ■

„Freiheitsmarsch“ in Bozen

ITALIEN/SÜDTIROL. In Bozen hat der „Südtiroler Schützenbund“ am 14. April einen „Freiheitsmarsch“ durchgeführt, an dem sich etwa 4000 Schützen und deren Anhänger beteiligten. Unter der Forderung „Ohne Rom in die Zukunft“ marschierte der Zug zum Sitz des Regierungskommissars. Auf der Kundgebung am Landhausplatz wurde ein Unabhängigkeitsmanifest verlesen. Unter die Teilnehmer mischten sich auch Anhänger der separatistischen „Liga Veneta“ sowie die Landtagsabgeordneten der extrem rechten „Süd-Tiroler Freiheit“ und der „BürgerUnion“. Die Abgeordneten der „Süd-Tiroler Freiheit“ zeigten sich überzeugt davon, dass mit dieser Kundgebung „die Weichen für eine Zukunft ohne Italien gestellt wurden“. *hma* ■

Bahn zwingt „Zug der Erinnerung“ aufs Abstellgleis

„Der ‚Zug der Erinnerung‘, der an die Rolle der Reichsbahn bei der Deportation der jüdischen Bevölkerung erinnert, wird von der DB AG ausgebremst“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke in Reaktion auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (17/9331). Jelpke weiter:

Nach Angaben des „Zuges der Erinnerung“ hat das Projekt seit November 2007 bis Dezember 2011 insgesamt 239 000 Euro an die DB AG bezahlt. Der Großteil dieser Summe ergab sich aus Trassen- und Stationsgebühren (188 000 Euro), der Rest aus indirekten Kosten. Seit Ende 2011 steht der Zug still, weil er kein Geld für weitere Gebühren hat.

Die politisch Verantwortlichen tauchen ab. Die DB AG, deren Vorgängerin sich bereits durch die Deportation der Juden bereichert hatte, erwägt nicht einmal, ihre Praxis der Gebührenerhebung zu überdenken. Die Bundesregierung lehnt Änderungen der Gesetzeslage ab. Eine Spende der Bahn an den Verein sei „nach wie vor die beste Lösung“, heißt es in der Regierungsantwort. Nur: Die letzte derartige Spende liegt drei Jahre zurück. Damals wurden 150 000 Euro überwiesen, die Summe hat schon damals nicht alle erhobenen Gebühren gedeckt. Hinzu kamen Einzelspenden der Bundesregierung, aber auch damit bleibt ein für den Verein untragbares Defizit. Was die Bundesregierung tut, um die Bahn zu weiteren Spenden oder anderem Entgegenkommen anzuhalten, bleibt geheim: Die Bundesregierung gibt an, sie stehe „in ständigem Kontakt mit der Deutschen Bahn AG“ , aber „Erörterungen in Aufsichtsratssitzungen der Deutschen Bahn AG unterliegen der Verschwiegenheitspflicht“.

Fazit: Verbal begrüßen alle beteiligten die Initiative des Vereins, aber praktisch rührt sich keiner. Der Zug der Erinnerung und damit ein wichtiges Gedenken an das größte Verbrechen der deutschen Geschichte bleibt damit auf der Strecke. Die Bundesregierung als Alleinaktionärin der Bahn muss dieser endlich Dampf machen.

Die Antwort kann hier eingesehen werden: http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=2310

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■.

Genug Gründe für NPD-Verbot

„Die Taktik des Bundesinnenministers ist leicht durchschaubar. Erst mutmaßte Hans-Peter Friedrich im vergangenen Jahr ohne stichhaltige Hinweise, der ‚NSU‘ könnte der militante Arm der NPD sein. Nachdem es dafür erwartungsgemäß keine Belege gibt, leitet er daraus erneut Zweifel am Erfolg eines Verbotsverfahrens gegen die faschistische Partei ab“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zur Feststellung des Innenministers, ein möglicher Verbotsantrag gegen die NPD ließe sich nicht mit den Neonazi-Morden des ‚NSU‘ begründen. Jelpke weiter:

„Fakt ist: Die NPD trägt mit ihrer menschenverachtenden Hetze wesentlich zu einem Klima bei, in dem seit 1990 in Deutschland über 160 Menschen von Neonazis und Rassisten ermordet wurden. Überzeugende Verbotsgründe sind zahlreich vorhanden - und sie ließen sich auch gerichtsfest verwerten, wenn endlich alle Spitzel des Verfassungsschutzes aus der Partei und nicht nur aus ihren Führungsgremien abgezogen würden.“

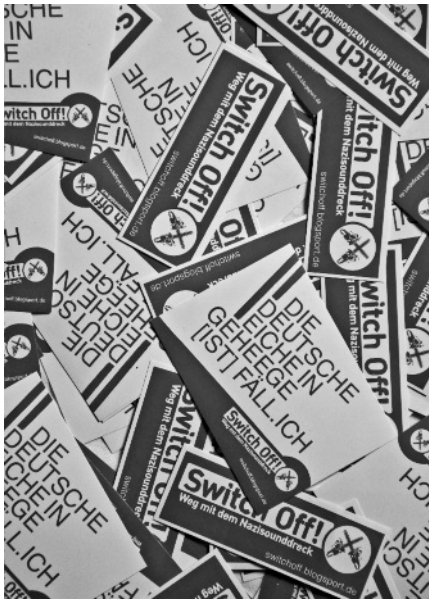
Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE.

Switch off! Weg mit dem Nazisounddreck!

Seit mittlerweile 3 Jahren finden im ostsächsichen Geheege (Stadt Rothenburg) regelmäßig neonazistische Konzerte statt.

Die ehemalige Dorfdisko „Zur Deutschen Eiche“ dient dabei als Veranstaltungsort und Treffpunkt regionaler und überregionaler Nazis. Betrieben wird sie von Steffen Hentschel, der bis Dezember 2011 NPD-Mitglied war, die Partei aufgrund interner Differenzen aber verlassen hat. Er hat es geschafft in Ostsachsen einen der wichtigsten Bundesweiten Anlaufpunkte für Nazis aller Couleur zu etablieren. So fanden ab Frühling 2009 mindestens 40 Konzerte statt , die Besucher_Innenzahl schwankt dabei zwischen 80 bei kleineren Liedermacherabenden und 1400 Nazis bei rechten Großveranstaltungen, wie am 12.11.2011, als die Neonazigröße Lunikoff mit seiner Band ein Solidaritätskonzert für den verurteilten SS-Kriegsverbrecher Erich Priebke gab.

Solche Veranstaltungen dienen nicht



nur der Vernetzung neonazistischer Gruppen, von denen es in Ostsachsen mehr als genug gibt, sie haben auch eine enorme finanzielle Bedeutung für die Strukturen vor Ort. Besorgniserregend ist aber auch die infrastrukturelle Unterstützung regionaler Betriebe wie Taxiunternehmen, die als Shuttleservice dienen oder Getränkelieferanten, die seit Jahren nichts verwerfliches an der Unterstützung menschenverachtender Ideologien sehen.

Pünktlich zum 3-jährigen Bestehen hat sich die Kampagne „Switch Off – Weg mit dem Nazisounddreck“ gegründet, um über die nicht hinnehmbaren Zustände in Ostsachsen zu berichten und der Nazilocation „Zur Deutschen Eiche“ ein längst überfälliges Ende zu bereiten!

Wir fordern ein Ende des kollektiven Bagatellisierens neonazistischer Umtriebe in Ostsachsen und sagen, die „Deutsche Eiche“ ist fällig! ■

Spannende Veranstaltung „Politische Entwicklungen in Ungarn“ im Grünen Haus

WIEN. Dienstag den 17.April fand im Wiener „Grünen Haus“ eine spannende und gut besuchte gemeinsame Veranstaltung der Wiener Grünen und des Austrian Social Forum (ASF) zur politischen Lage in Ungarn statt. … Sowohl ungarische Medien als auch der ORF berichteten über die Veranstaltung.

Nach einer kurzen Begrüßung durch die Europaspecherin der Wiener Grünen Monika Vana und Hermann Dworczak vom Austrian Social Forum schilderte der grüne Parlamentsabgeordnete Gabor Scheiring die missliche ökonomische Situation des Landes. Matyas Benyik vom Ungarischen Sozialforum umriss die nationalistische Politik von Orban und ging speziell auf die Anti-Roma-Politik der rechtsextremen Jobbik ein. Die Sozialwissenschaftlerin Vera Zalka gab einen erschütternden Bericht über die soziale Lage im Land – wo gut ein Drittel der Bevölkerung in Armut lebt! Schließlich informierte Aran Tanos von „Szolidartas“ über den zivilgesellschaftlichen und politischen Widerstand.

…Weitere Kontakte in Österreich und international wurden vereinbart. Die Vertreterinnen des Austrian Social Forum unterstrichen, dass das nächste ASF gemeinsam mit UngarInnen, SlowenInnen und ItalienerInnen organisiert werden wird.

Hermann Dworczak ■

Abwehrzentrum?

Die Effizienz des mit viel öffentlichem Getöse aufgebauten Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Nazitäter liegt offenbar bei nahe Null. Zweimal die Woche kommen dort die Behördenvertreter zusammen – aber der Bundesregierung ist es nicht möglich, zu sagen, wie viele Haftbefehle gegen Nazis derzeit noch offen sind. …

Auch bei der Einschätzung der von Nazis begangenen Straftaten gibt es weiterhin Ignoranz, wenn nicht Schlamperei auf Seiten der Behörden.… Besonders brisant wird es da, wo die Behörden ein Tatgeschehen feinsinnig in vermeintlich unpolitische und politische Teile zerlegen: So in dem Fall, in dem ein Rechtsextremist einen Menschen türkischer Herkunft würgt und ihm die Vergasung wünscht. Als Grund für den Haftbefehl wird „sonstige Kriminalität“ angegeben. Wie kann das sein? Das kann man sich nur dadurch plausibel machen, indem man die Körperverletzung (das Würgen) als nichtpolitisch motiviert ansieht und erst die Volksverhetzung („Sowas wie Ihr gehört vergast“) als politisch. Solch ein Vorgehen ist haarspalterisch. Das hat nur einen Effekt: In der Öffentlichkeit wird der Eindruck erweckt, als sei die schlimmere Tat, also die Körperverletzung, nicht dem neofaschistischen Spektrum zuzurechnen. Wenn man so rechnet, muss man sich auch nicht mehr wundern, warum die offiziellen Statistiken über rechte Gewalt so viel niedrigere Zahlen aufweisen als die unabhängiger Beobachter.

Die Antwort offenbart, dass die Behörden noch weit von einem konsistenten Vorgehen gegen neofaschistische Gewalttäter entfernt sind.

Die Antworten auf beide Anfragen können hier heruntergeladen werden:

http://www.ulla-jelpke.de

Straffreiheit für rechten Bombenbastler?

„Wehrhafte Demokratie sieht anders aus!“

Mit völligem Unverständnis reagierte die VVN-Bund der Antifaschisten auf das Urteil des Amtsgerichts Lörrach gegen den aktiven Neonazi Thomas Baumann. Nach Hinweisen von antifaschistischen Aktivisten hatte die Polizei beim „Stützpunktleiter“ der Jugendorganisation der NPD in Lörrach neben zahlreichen Schuss- und Stichwaffen rund 22 Kilo chemische Substanzen, Zünder und Rohrmantel sowie eine Anleitung zum Bau von Rohrbomben entdeckt, die in kurzer Zeit zu einer Bombe zusammengebaut hätten werden können. Diese Materialien hatte sich Baumann zu eben diesem Zweck zielstrebig beschafft. Aus seinem E-Mail-Verkehr konnte unschwer geschlossen werden, dass er tatsächlich einen Bombenanschlag auf das KTS, einen Treffpunkt Freiburger AntifaschistInnen, ersatzweise auch auf das Freiburger Gewerkschaftshaus und/oder die Wohnung des DGB-Vorsitzenden vorbereitete. Im Internet hatte er sich zudem nach den Namen und Adressen weiterer Antifaschisten erkundigt.

Im Prozess spielte dies nun keine Rolle mehr. Verurteilt wurde Baumann zu 100 Euro Geldstrafe und 8 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und zwar lediglich wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz.

Sein offenkundiger Versuch eine Bombe herzustellen, die ein Blutbad hätte auslösen können, blieb völlig ungeahndet.

Offensichtlich ist der Versuch, Sprengstoffanschläge auf linke und gewerkschaftliche Einrichtungen vorzubereiten, also nicht strafbar. Nach dem Bekanntwerden des Versagens der Sicherheitsbehörden beim Umgang mit der Nazi-Terrorgruppe NSU ist dies ein weiterer veritabler Justizskandal. Dieses Urteil ist ein verheerendes Signal für die immer gewaltätigere Neonaziszene in Deutschland.

In dramatischem Kontrast dazu steht der juristische Umgang mit „Delikten“ von NazigegnerInnen die im Rahmen der grundgesetzlich geschützten Meinungs- und Versammlungsfreiheit oftmals vermeintlich begangen werden. So sind z.B. Strafen wegen unerlaubten Spendensammelns auf Demonstrationen und anderen, oft an den Haaren herbeigezogenen Gesetzesübertretungen an der Tagesordnung.

Diese Woche wurden in Stuttgart zwei AktivistInnen der Friedensbewegung verurteilt, weil sie bei einer Protestaktion gegen einen Bundeswehr-Werbestand versehentlich Ketchupflecken auf dem Teppich verursacht hatten.

Wäre dem Bombenbastler von Lörrach nicht rechtzeitig von Antifaschisten das Handwerk gelegt worden, wäre es mit Sicherheit nicht bloß um Ketchupflecken gegangen.

Mit Thomas Baumann ist nun auch in Zukunft ein Waffennarr und bombenbaubefähigter aktiver Neonazi mit offenkundiger Gewaltbereitschaft unterwegs. Er ist leider nicht der einzige. Breivik lässt grüßen!

Eine Demokratie, die – sei es an Mangeln an Gesetzen oder wegen fehlender Bereitschaft ihres juristischen Personals – nicht in der Lage ist, den Versuch, gegen Menschen gerichtete Terroranschläge vorzubereiten, zu ahnden, ist alles andere als wehrhaft.

Um so wichtiger ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv werden und den gefährlichen Naziumtrieben mit Zivilcourage entgegen treten.

Dieter Lachenmayer ■

Razzien gegen neonazistischen „Freundeskreis Rade“

Die Polizei Köln durchsuchte heute morgen 22 Objekte vor allem in Radevormwald, aber auch in Düsseldorf, Wuppertal und Essen. Darunter befanden sich auch die Räumlichkeiten von “pro NRW“ in Radevormwald. Die Partei sitzt dort in Fraktionsstärke im Stadtrat. Die Polizeiermittlungen richten sich gegen 18 Beschuldigte, die der neonazistischen Kameradschaft „Freundeskreis Rade“ und deren Umfeld zugerechnet werden. Polizei und Staatsanwaltschaft werfen ihnen die „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ vor.

Große Waffenfunde

Es wurden drei Haftbefehle gegen einen 20-jährigen und zwei 18-jährige vollstreckt. Die 16 anderen Beschuldigten wurden zur Erkennungsdienstlichen Behandlung in das Polizeipräsidium Köln gebracht. In annähernd 30 Einzelverfahren sei deutlich geworden, dass sich der „Freundeskreis Rade“ zusammengeschlossen habe, um rechtsextremes Gedankengut umzusetzen, so die Polizei in einer Pressemitteilung. Es bestünde der Verdacht, dass im Rahmen dieses Zusammenschlusses erhebliche Straftaten begangen worden seien. Die Polizei beschlagnahmte bei den Durchsuchungen ein umfangreiches Waffenarsenal. So wurden mindestens eine scharfe Feuerwaffe sowie zahlreiche Messer, Schlagringe, Macheten und Wurfsterne sichergestellt. Ebenso fanden die ErmittlerInnen NS-Devotionalien.

Neonazistische Kameradschaft

Der „Freundeskreis Rade“ tritt seit Frühjahr 2011 öffentlich in Erscheinung, zuvor hatte die neonazistische Szene wechselnde Gruppennamen wie „NS Rade“ oder „Rader Jugend“ benutzt. 2011 verübten Mitglieder der Gruppe mehrfach schwere Gewalttaten gegen MigrantInnen und vermeintliche politische GegnerInnen. Auch die örtliche Moschee wurde beschädigt. Menschen, die sich den Neonazis öffentlich entgegen stellten, wurden diffamiert und bedroht. Am 14. Mai 2011 versammelten sich zudem 45 Neonazis zu einer nur kurzfristig beworbenen Kundgebung auf dem Marktplatz von Radevormwald. Die Kundgebung zeigte, wie stark die lokalen Neonazis mittlerweile in das landesweite neonazistische Netzwerk integriert waren. Besonders gute Kontakte bestehen zu den „Nationalen Sozialisten Wuppertal“. In der Nachbarstadt hat sich in den vergangenen drei Jahren eine der umtriebigsten und gewalttätigsten Neonazi-Szenen in NRW entwickelt, deren Einflussnahme auf die Neonazis in Radevormwald deutlich spürbar war.

Kontakte zu „pro NRW“

Obwohl der „Freundeskreis Radevormwald“ als gewaltbereite neonazistische Kameradschaft bezeichnet werden kann, gibt es keine in diesem Spektrum sonst übliche Abgrenzung zu der als „populistische System-Kasper“ verhöhnten „Bürgerbewegung pro NRW“. AktivistInnen, die sich noch vor wenigen Jahren unter dem Label der pro-Jugendorganisation „pro Jugend Bergisches Land“ betätigten, treten nun im Umfeld des „Freundeskreises“ auf und beteiligen sich an überregionalen Neonaziaufmärschen. Zugleich nehmen einige dieser jungen Erwachsenen weiterhin an pro NRW-Veranstaltungen teil oder sind sogar als Vertreter der rechtspopulistischen Partei in Ausschüssen des Stadtrats vertreten. Zwischen „pro NRW“ und den Aktiven des „Freundeskreis Rade“ bestehen zahlreiche Verbindungen. Bei mindestens zwei der Festgenommen fand die Polizei auch Mitgliedsausweise von „pro NRW“. Im Fraktionsbüro der Partei wurden Materialien und ein Kopierer beschlagnahmt.

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln
http://www.mbr-koeln.de/ ■

Offener Brief des VVN-BdA Köln an Minister Jäger

NRW-Innenminister Jäger erklärte in einer Pressemitteilung vom 25.4.2012, die Razzien gegen den „Freundeskreis Rade“ zeigten, die Beörden würden „ … konsequent gegen die braunen Sumpf vorgehen“. Weiter behauptete Innenminister Jäger, der „rechtsextremistischen Szene auch künftig (!sic) ‚keinen Fußbreit Raum zu lassen‘“. Das nahm der VVN-BdA Köln zum Anlass für einen Brief an den Innenminister:

Sehr geehrter Herr Minister Jäger,

mit großem Interesse haben wir Ihre Pressemitteilung zu den polizeilichen Maßnahmen gegen die extrem rechte Szene in NRW am 25.04.2012 gelesen.
Sie erklären darin, dass Sie „konsequent gegen den braunen Sumpf vorgehen“ und kündigen an, auch künftig der „rechtsextremistischen Szene keinen Fußbreit Raum zu lassen“. Dies können wir nur begrüßen!

Im krassen Gegensatz dazu liest sich eine Meldung vom 19.04.2012 im „Bonner General-Anzeiger“ mit folgender Aussage der Bonner Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa zum geplanten Aufmarsch „Autonomer Nationalisten“ am 1. Mai in Bonn, in der sie feststellt: „Wir haben die Sachlage intensiv geprüft, dabei haben sich auch weiterhin keine Gründe für ein Verbot der Versammlung der Rechtsextremisten ergeben.“

Bereits im Vorfeld gab es zahlreiche Forderungen nach einem Verbot dieses Aufmarschs, u.a. des DGB, der einzelnen Parteien und der Ratsfraktionen der Stadt Bonn.

Das Verhalten der Polizei ist umso unverständlicher, desto genauer man sich den/die Anmelder des geplanten Aufmarschs ansieht.

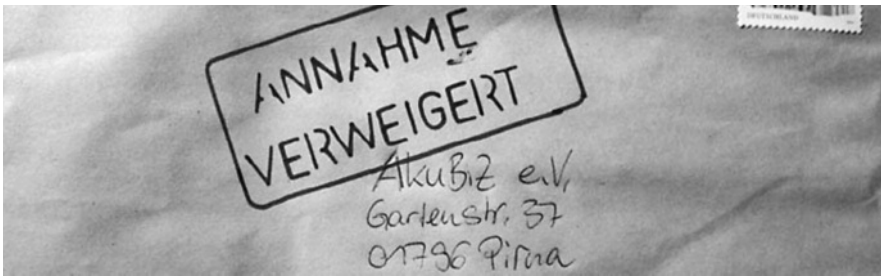
Es handelt sich hierbei um Christian Malcoci und Sven Skoda.

Skoda wurde am 13. März festgenommen und sitzt „seitdem wegen Unterstützung der kriminellen Vereinigung Aktionsbüro Mittelrhein in Haft“. (GA, 19.04.2012) (siehe auch. Ihre PM vom 13.03.2012)

Christian Malcoci gilt als einer der führenden Köpfe der militanten Neonazi-Bewegung und kann auf eine beachtliche Vergangenheit in der extrem rechten Szene zurück blicken.

Der bekennende Nationalsozialist und ehemalige NSDAP-AO-Aktivist war u.a. Mitglied der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA, verboten 1983), der „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP, verboten 1995), der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG, verboten 2011) →

Anfang vom Ende der Extremismusklausel



Die Extremismusklausel ist rechtswidrig. Zu diesem Ergebnis kam das Verwaltungsgericht Dresden in einem Urteil vom 25. April. Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum (Akubiz) in Pirna hatte beim Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge 600 Euro Fördergelder beantragt, um ein Flugblatt zum Gedenken an ein Außenlager des KZ Flossenbürg in Königstein zu drucken. Die Gelder wurden nur unter der Bedingung genehmigt, dass sich der Verein zuvor in einer „Demokratieerklärung“ zur eigenen Verfassungstreue und der Verfassungstreue aller Kooperationspartner bekennt. Da der Verein dies ablehnte, wurden die Gelder nicht ausgezahlt. Darin sah das Akubiz einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot durch das Grundgesetz wonach niemand aufgrund seiner politischen Ansichten benachteiligt werden dürfe. In den Augen des Dresdner Gerichts war diese Verweigerung der Förderung „rechtswidrig“, weil es erhebliche Einwände gegen den zweiten Teil der Klausel gibt, der „nicht ausreichend bestimmt“ sei, heißt es in der mündlichen Begründung des Gerichts. Das schriftliche Bekenntnis eines Projektträgers zur Freiheitlich Demokratischen Grundordnung an sich hält das Gericht für eine zulässige Bedingung bei der Vergabe von Bundesmitteln.

Die Extremismusklausel geht auf Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) zurück, die sich bereits in der letzten Legislaturperiode als „Extremismusexpertin“ ihrer Fraktion einen Namen zu machen suchte. Den Extremismus wittert die Politikerin aus der bekanntermaßen rechtslastigen hessischen CDU vor allem unter Linken und Migranten. Nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung bereits im Koalitionsvertrag die unwissenschaftliche Extremismustheorie mit ihrer Gleichsetzung von Faschismus und antikapitalistischer Linker aufgenommen hatte, fand eine Umwidmung der seit rund zehn Jahren laufenden Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus in allgemeine „Maßnahmen für Extremismusprävention“, die sich auch gegen „Linksextremismus“ und „Islamismus“ richten sollen, statt. Im nächsten Schritt fanden sich die seit langem gegen Neofaschismus und Rassismus aktiven Projekte von Seiten der Bundesregierung selber unter extremistischen Generalverdacht gestellt. Kurz nach Antritt ihres Ministerinnenpostens hatte Schröder bereits per Twitter die Überprüfung der aus Bundesmitteln geförderten Projekte gegen Rechtsextremismus angekündigt. Seit Januar 2011 ist die Unterzeichnung der Extremismusklausel die Bedingung für den Erhalt von Geldern aus dem Töpfen „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, „Initiative Demokratie stärken“ des Bundesfamilienministeriums und des Programmes „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums. Der Freistaat Sachsen führte in der Folge ein fast gleichlautende Klausel ein. In dieser Erklärung müssen sich die Projektträger nicht nur selber zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Zielen des Grundgesetzes bekennen, sondern zugleich auch eine ebensolche Garantieerklärung für alle Kooperationspartner – einschließlich Referenten und Druckereien – abgeben. „Als Träger der geförderten Maßnahme haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Trägern, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten“. Im Klartext müssen sich die Projektträger damit zur Gesinnungsschnüffelei verpflichten. Die etwa weiterhin im bayerischen Verfassungsschutzbericht genannte VVN-BdA oder das mehrfach ausgezeichnete Antifaschistische Informations, Dokumentations- und Archivstelle A.i.D.A. in München dürften damit eben so wenig als Kooperationspartner – etwa als Referenten für Veranstaltungen oder in Demonstrationsbündnissen – herangezogen werden wie Teile der Linkspartei, die in Verfassungsschutzberichten als „extremistisch“ diffamiert werden.

Das jetzige Dresdner Gerichtsurteil bestätigt die vorangegangene Kritik an der Extremismusklausel. Schon im November 2010 hatte der Rechtswissenschaftler Ulrich Battis in einem Gutachten die geforderte Überprüfung von Kooperationspartnern als rechtlich problematisch bezeichnet, da nicht klar sei, „ab welchem Verdachtsgrad“ ein Partner nicht grundgesetztreu sei und wer überhaupt als Kooperationspartner gezählt werden könne. Auch ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages vom Januar 2011 äußerte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Klausel, die mit ihrer Verpflichtung zu einer bestimmten Meinung gegen den Schutz der Meinungsfreiheit durch Artikel 5 Grundgesetz verstoße. Scharfe Kritik an der Klausel, die Misstrauen sät und so das antifaschistische Engagement behindert, kam auch von den Zentralräten der Juden und der Muslime, von antirassistischen Initiativen wie der Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung, der Arbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus sowie den Oppositionsparteien SPD, Grüne und Linke im Bundestag. Dort wurde das Dresdner Urteil entsprechend begrüßt.

Gegen das Urteil kann noch Berufung eingelegt werden. Das Akubiz ist laut seinem Anwalt Robert Uhlemann aber bereit, den Rechtsstreit „bis in die letzte Instanz“ weiter zu führen. Auf jeden Fall dürfte das Dresdner Urteil der Anfang vom Ende der Schröderschen Anti-Antifa-Klausel sein.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE. ■

---

und gehörte dem „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH) an.

Er ist also wahrlich kein unbeschriebenes Blatt!

Wie Ihren Pressemitteilungen zu entnehmen war, kündigten Sie bereits im Dezember, mit einem Acht-Punkte-Programm des Landes, ein schärferes Vorgehen gegen rechtsextremistische Akteure an.

Herr Minister Jäger, wir fordern Sie auf, lassen Sie Ihren Worten weitere Taten folgen und erwirken Sie ein Verbot des geplanten Neonazi Aufmarschs am 1. Mai in Bonn!

Lassen Sie der rechtsextremistischen Szene keinen Fußbreit Raum!

Mit freundlichen Grüßen,
Peter Trinogga (Vorsitzender ■

Veranstaltung zum aktuellen Stand des NSU-Skandals

Kerstin Köditz, Mitglied des Landtages und Sprecherin für Antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE in Sachsen, und Anna Conrads, Innenexpertin der NRW-Linken und ehemalige Abgeordnete des NRW-Landtages, waren am Samstag, 21. April, Gäste einer Veranstaltung der „Antifaschistischen Nachrichten" und der Rosa Luxemburg Stiftung NRW. Die Veranstaltung sollte einen Austausch zur Aufklärung der Ende letzten Jahres aufgeflogenen Mord- und Anschlagsserie der NSU ermöglichen. Dies ist der Veranstaltung ohne Frage gelungen.

Den Anfang machte Kerstin Köditz mit ihrem Vortrag „Neonazis und die Geheimdienste Hand in Hand?" und der Forderung, der NSU-Skandal müsse restlos aufgeklärt werden. Kerstin Köditz berichtete über ihre Arbeit im sächsischen Untersuchungsausschuss zur Terror-Aufklärung, der im April seine Arbeit aufnahm.

Zwei wichtige Fragen sind laut Köditz bisher nicht beantwortet worden: Wie konnte es zu diesem flächendeckenden Versagen der Behörden kommen, und wieso konnten die Neonazis in Deutschland morden und rauben, ohne erkannt zu werden?

Um diese Fragen zu beantworten, stellte Köditz zunächst die damalige Situation in Thüringen Anfang der 90er Jahre vor. Damals gab es nur kleine neofaschistische Gruppen vor Ort, die nicht vernetzt waren – auch die NPD war nur eine kleine Partei. Unter der Verantwortung des damaligen Chefs des Thüringer Verfassungsschutzes, Helmut Röwer, wurden diverse V-Leute aus der neofaschistischen Szene angeworben. Das viele Geld führte zur Vernetzung der einzelnen Gruppen, zur Gründung des Thüringer Heimatschutzes und zum Aufbau der NPD. Die drei Mitglieder des Thüringer Heimatschutzes Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt tauchten 1998 nach einer Reihe von Razzien unter.

In den Jahren bis 2011 gab es Zugriffsmöglichkeiten auf die Untergetauchten, die nicht genutzt wurden, Geld des Thüringer Verfassungsschutzes floss in die Hände des Trios, wichtige Beweismittel aus Jenaer Zeiten fehlen, und jetzt kam heraus, dass die Kölner Staatsanwaltschaft fünf Jahre nach dem Anschlag in der Probsteigasse Beweismittel vernichten ließ. Im „Spiegel" vom 23.4. wird auch noch berichtet, dass die Polizei über eine Unterstützerin auf die Spur der NSU hätte kommen können. Das sind nur ein paar Beispiele für das kollektive Versagen der Landesämter für Verfassungsschutz, der Polizei und der Justiz.

Kerstin Köditz erklärte, dass vor allem die Extremismus- bzw. Totalitarismusdoktrin die Aufklärung der Taten verhindert und die Unterschätzung der neofaschistischen Gefahr befördert habe. Jegliche Form von politisch motivierten Straftaten sei gleichwertig behandelt worden – egal, ob links, rechts oder religiös. Außerdem müsse man darüber nachdenken, ob in den Behörden rassistisch gedacht werde, da diese von der Herkunft der Opfer auch auf die Herkunft der Täter schlossen und von kriminellen Millieus oder der türkischen Mafia sprachen. Dass dieselbe Waffe und immer wieder Fahrräder benutzt wurden sowie ähnliche Opfergruppen betroffen waren, ließ die Behörden nicht aufhorchen, sondern sie schlossen immer wieder einen rechtsterroristischen Hintergrund aus. Hier wird das Systematische am Versagen sichtbar. Kerstin Köditz fordert, dass erstens die Verwaltungsstrukturen und die politische Festlegung in den Behörden reformiert, zweitens die Verbindungen – z. B. über Blood und Honour – der mindestens 148 NSU-Unterstützer untersucht und drittens die Opferberatungen weiter gefördert werden. Des Weiteren müssten Personen, die bis heute fälschlicherweise nicht als Opfer der Neofaschisten gelten, endlich als solche anerkannt werden. Köditz nannte das Beispiel von Gewalttaten gegen Obdachlose oder linke, alternative Jugendliche. Diese Taten werden nicht den politisch rechts motivierten Straftaten zugeordnet.

Im zweiten Teil der Veranstaltung machte Anna Conrads mit dem Lügenmärchen Schluss, dass die NSU und Neofaschismus ein ostdeutsches Problem seien. Ihren Vortrag „Gewalttätige Neonazis auch in Nordrhein-Westfalen aktiv" begann sie mit einer Zusammenstellung neofaschistischer Morde und Straftaten in NRW. Laut Anna Conrads liegt NRW noch heute bei den absoluten Zahlen rechter Gewalt vorne: In den Jahren 2005 bis 2010 fanden wöchentlich 100 rechte Straftaten statt. Dennoch bestritten bekannte Hochburgen der Neofaschisten wie z. B. Dortmund jahrelang, ein Problem zu haben.

Fakt ist, dass es auch in NRW eine neofaschistische Szene gibt, die sehr gut untereinander vernetzt ist. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat hier viele V-Leute angeworben und bestreitet trotz allem bis heute, Kenntnisse vom rechten Terror gehabt zu haben.

Negiert wird auch, dass die untergetauchten Terroristen in NRW Helfer hatten. Dabei wissen wir heute, dass midestens 148 Personen bundesweit Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe unterstützt haben. Dass es da keinerlei Verbindungen zwischen den Neofaschisten in NRW, Sachsen und Thüringen gegeben haben soll, ist nicht sehr wahrscheinlich. Wie hätte die NSU ohne Unterstützung den Mord an Mehmet Kubasik in seinem Dortmunder Kiosk organisieren können?

Anna Conrads kritisierte weiter, dass es bis heute keine verbindlichen Informationen der Behörden gebe. Zwar erhielten verschiedene Medien stückchenweise Auskunft und gäben diese an die Öffentlichkeit weiter, aber mit echter Aufklärung habe das wenig zu tun. Der politische Wille, reinen Tisch zu machen und die Strukturen endlich aufzubrechen, scheint zu schwinden. Deshalb will DIE LINKE einen Untersuchungsausschuss in NRW beantragen, wenn sie es schafft, in den Landtag einzuziehen.

Marie Kuster

Die Beiträge von Kerstin Köditz und Anna CVonradswerden wir in ca. 4 Wochen in den antifaschistischen nachrichten in ggf. aktualisierter Fassung veröffentlichen. (Red)

Otto Schily räumt Fehler in der Beurteilung des Nagelbomben-Attentats in Köln ein – LINKE Mandatsträger(innen) fordern einen Untersuchungsausschuss vom neuen NRW Landtag

Otto Schily hat sich selbst und die Landesinnenminister von 2004 politisch dafür verantwortlich erklärt, dass unmittelbar nach dem Anschlag in der Kölner Keupstraße ein rechtsterroristischer Hintergrund ausgeschlossen worden war. …

Mit eben diesem Thema hat sich eine Veranstaltung der Zeitung „Antifaschistische Nachrichten" und der Rosa Luxemburg Stiftung am Wochenende in Köln befasst. … Jörg Detjen, einer der Herausgeber der „Antifaschistischen Nachrichten" und Fraktionssprecher der LINKEN im Rat der Stadt Köln, kritisierte die Innenbehörden: „Nicht nur in Köln sind gravierende Fehler gemacht worden, sondern die Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden haben bundesweit versagt. Da muss man sich wirklich fragen, ob dem Ganzen ein systematischer Fehler zugrunde liegt. Die Behörden hatten doch alle Informationen, reagierten aber nicht. Was ist in den Behörden passiert, was genau schief gelaufen? Deshalb fordere ich vom neuen Landtag NRW einen Untersuchungsausschuss."

Die vollständige Pressemitteilung unter http://www.die-linke-koeln.de ■

Unerwartet viele Protestieren gegen Ludendorffer

Dorfmark / Bad Fallingbostel. Von der großen Beteiligung am Protest positiv überrascht zeigte sich das „Bündnis gegen Ludendorffer“. Seit den 1980er Jahren gab es immer wieder schriftliche Proteste und seit 2007 gibt es Info-Veranstaltungen, Mahnwachen und laute Proteste vor den Tagungslokalen der Ludendorffer. Jetzt beteiligte sich auch die SPD mal wieder, wenn auch nicht an der erstmals durchgeführten Demo ab Bahnhof Dorfmark. Zwar sprach die Polizei von nur 150, mit Zählgeräten wurden aber 230 Teilnehmende erfasst, davon nahmen über 150 an der Demo teil.

Die Polizei hatte das Haupttagungslokal „Hotel Deutsches Haus“ weiträumig abgesperrt. Allerdings weiträumiger als vom Ordnungsamt des Heidekreis festgelegt. Und so musste die Polizei einige Meter Straßenfläche wieder ans „Bündnis gegen Ludendorffer“ zurückgeben.

Weil es Karfreitag war war mal wieder die Lautsprechernutzung dank des niedersächsischen Feiertagsgesetzes untersagt. In den Auflagen des Landkreis Heidekreis wurde die Megaphonnutzung allerdings zu Demo-Beginn zugestanden, um die Demo ordentlich durchführen zu können (womit wohl die Verlesung der Demo-Auflagen gemeint war). Es gab dennoch eine Rede des DGB-Kreisvorsitzenden Charly Braun. Er kritisierte die weiträumigen Absperrungen und übermäßige Menge an Polizei beim Protest gegen Ludendorffer vor einem Jahr. Diese Maßnahmen waren Ergebnis des Einflusses des Staatsschutzes auf die Ordnungsbehörde. Der Staatsschutz hatte fälschlicherweise behauptet, dass zum Protest 2011 mehrere hundert „Gewaltbereite“ kommen würden.

Charly Braun ging auf die rassistische Ideologie der Ludendorffer ein und berichtete, dass das gerade zuende gegangene Internationale workcamp Bergen-Belsen – und hier besonders die israelische Delegation – verärgert über die freundliche Aufnahme der rassistischen antisemitischen Sekte ist und deren Verbot fordert. Der Gewerkschafter betonte, dass die Ideologie der scheinbar friedlichen Ludendorffer den heutigen Nazimördern den Boden bereitet. Und: „Nicht nur die Nazis mit Knüppeln, sondern auch die rassistische Ideologie ist ein Verbrechen.“

Der Protest war lautstark. Diesmal wurde Charly Braun von Dorfmarkern nur einmal beschimpft, während sich diesmal auch etliche andere Dorfmarker am Protest beteiligten. Jusos gaben scharfen bis satirischen Protest in singendem Stil zu Gehör: „Mathilde Scheiße…“. Neben Infos, Kaffee und Kuchen vor der Straßensperre zog der Barde Tom Kirk mit seinem neuen (bereits zweiten) Lied die Ludendorffer durch den braunen Kakao und alle stimmten ein. Die Walsroder Zeitung schrieb von „Straßenfestatmoshäre“. Eine ungewohnte Berichterstattung, denn in den meisten Lokalzeitungen fanden die Ludendorff-GegnerInnen bis 2011 keine gute Resonanz. Vom Verfassungsschutz wurden die Ludendorffer bisher verharmlost (äußerst geringe Resonanz, überaltert). Das ist plötzlich anders. Im NDR-TV am 5.4.12 sagte der Niedersächsische Verfassungsschutzpräsident Hans-Werner Wagel: „Sie vertreten rassistisches Gedankengut, z.T. nationalsozialistisches Gedankengut“. Und: „Das Gefährliche dadran ist die Radikalisierung von jungen Leuten, also ihre eigenen jungen Leute. Hier werden Kinder indoktriniert, auch durch diese Veranstaltungen und durch ihre eigene Ideologie, die sie natürlich auch an ihre Kinder weitergeben“.

Ist diese neue Bewertung der Ludendorffer eine Folge der Debatte nach den NSU-Morden?

Als bekannt wurde, dass überraschend gleichzeitig auf dem Nahtz-Hof in Eschede allerlei Nazis auftauchten, fuhren viele von Dorfmark weiter nach Eschede.

Zum Ende der Protestveranstaltung in Dorfmark wurde ein Staatschützer von braven Bürgern davor geschützt, sich selbst lächerlich zu machen und die Liste der Bespitzelten aufzufüllen.

Bei den gern als friedlich bezeichneten, Ludendorffern war mal wieder der bekannte Kameradschafter Steffen Hupka zu Gast. Am Ostersonntag schlug er in Dorfmark auf der Straße zwei Journalisten und zerstörte eine Kamera. Strafanzeige ist erstattet. Der eine Polizist zeigte dabei wohlwollendes Verhalten gegenüber den Ludendorffern. „Unsere Chancen, die Ludendorffer loszuwerden sind besser geworden. Wir lassen nicht nach“, bewertet ein Bündnissprecher die Proteste.

Bedauerlich, dass die Walsroder Zeitung am 14.4.12 den Rassisten Platz für einen Leserbrief gewährt. Der Ludendorffer-Sprecher und seine Frau, Elke und Dr. Gundolf Fuchs aus Hemmingstedt legen der WZ nahe, die Dorfmarker zu befragen: „Erkennen Sie an, dass sich Mitglieder und Freunde des Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. zu einem die Öffentlichkeit nicht störenden Gedankenaustausch in Dorfmark zu Ostern treffen dürfen? Ja oder Nein.“ Und dabei appellieren die Rassisten auf „Anerkennung der Meinungsfreiheit“.
Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Heide Bote ■

Presse-Erklärung der Israelischen Delegation des Internationalen workcamp Bergen-Belsen 2012 zur Ludendorffer-Ostertagung

Wir sind die Delegation aus Israel, die vor kurzem an dem Internationalen Jugendworkcamp in Bergen Belsen teilgenommen hat. Infolge der 11-tägigen Seminare über die Gräueltaten der Lager Bergen-Belsens haben wir über das Treffen der Ludendorffer in Dorfmark erfahren, was nun schon seit 35 Jahren stattfindet.

Haben die Mitglieder-Innen der Ludendorffer keine Lektion aus der Geschichte gelernt? Kann es sein, dass diese Leute unter Amnesie leiden? Glauben sie wirklich daran, dass es ím Zeitalter des „globalen Dorfes“ möglich sei, Menschen auf Grund ihrer Herkunft, Religion oder Hautfarbe zu separieren?

Die durch Hitlers irregeleitete und menschenverachtende Lehre entstandene Verwüstung sollte ein Beweis sein, dass solch eine Philosophie falsch ist und katastrophale Ausmaße haben kann.

Wir, die israelische Delegation in Bergen-Belsen 2012, beten inbrünstig, dass diese Neo-Nazi-Organisation, welche im Namen der Frau des Nazis Erich Ludendorff gegründet wurde, schnell aufgelöst und verboten wird.

Für die israelische Delegation im Internat. workcamp Bergen-Belsen 2012 Judith Astary, Israel

Wer sind die Ludendorffer

Seit über 30 Jahren führt der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer) e.V.“ seine Ostertagung in Dorfmark durch. Alle Hotels und Pensionen sind belegt – eine gute Einnahmequelle. Endlich, nachdem 2008 einige Dorfmarker die protestierenden des Internationalen-workcamp-Bergen-Belsen rassistisch anpöbelten und überregionale Medien berichteten beschloss der Stadtrat Bad Fallingbostel einstimmig, die Aufforderung, Ludendorffer nicht mehr zu bewirten. Ein folgenloser Beschluss.

Bei der Ludendorffer-Tagung wird mit Volkstanz und Vorträgen Babys bis SeniorInnen ein spezieller Rassismus beigebracht. Ideologische Grundlage ist die sog. Philosophie der Mathilde Ludendorff (Frau von General Ludendorff, Hitlers Putsch-Gefährte von 1923).

Die Ludendorffer bezeichnen sich selbst als Religionsgemeinschaft. Beispiele aus Ludendorffs theoretischen Grundlagen:

„Aus der unterschiedlichen Art des religiösen Erlebens erkennt die Philosophie sog. ‚Lichtlehren‘ und ‚Schachtlehren‘. Dabei wird erkannt, daß sich die Rassen und Völker mit Lichtlehren dem Göttlichen nahe wähnen, während die Rassen mit Schachtlehren im Gehorsam gegen Gott ihr tiefes religiöses Erleben finden.“

Die nordischen „Lichtrassen“ seien dem Göttlichen nahe, die „Schachtrassen“ aber unvollkommen und sündhaft. Man erkenne „jede Rasse und jedes Volk als einmalige Äußerung göttlichen Willens“.

„Deutsche Gotterkenntnis ist abhängig vom Rasseerbgut“. „Welche nicht „artgerecht“ leben, verkommen zu „plappernden Toten“. Mathilde Ludendorff erklärte, dass „Rassetugenden mit dem Gotterleben“ verwoben seien und „Blutsmischung“ zum „Volkstod“ führe. „Volksuntergang in Entartung“ drohe auch, wenn das „Volk aus seinem Gotterleben entwurzelt wird durch eine Fremdlehre“. Solche Lehre sei die „riesige Verschwörung der Juden“.

Das „entwurzelte jüdische Volk“ erstrebe die Weltherrschaft in Gestalt von Kommunismus, Freimaurertum, Judentum und katholischer Kirche, die in Wahrheit „verjudete“ Inhalte vertritt. Deutsche Kinder würden durch eine „verjudete christliche Erziehung“ geschädigt.

Der Weltanschauungsbeauftragte der Evangelischen Landeskirche Hannover, Pastor Jürgen Schnare, nennt die völkischen, antisemitischen und antichristlichen Ludendorffer „eine Gefahr für die Demokratie“. ■

Gedenken am Wenzelnberg

Am Sonntag, dem 22. April 2012 wurde am Mahnmal Wenzelnberg der 71 Opfer gedacht, die dort vor 57 Jahren von den Nationalsozialisten noch kurz vor Kriegsende am 13. April 1945 ermordet wurden. Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede von Werner Faeskorn, VVN-BdA Remscheid.

Werner Faeskorn *Foto: r-mediabase.eu - jovofoto*

Verehrte Anwesende

Die heute hier anwesenden jungen Menschen veranlassen mich über meinen Vater Fritz Faeskorn zu berichten. Sein Schicksal prägte unsere Familie, prägte mein Leben als Kind und Jugendlicher.

In den Jahren vor 1933 war mein Vater in Hagen Mitglied der KPD und aktiver Gegner der faschistischen Gefahr für Deutschland. Er verteilte Flugblätter gegen die Nazis in einem Polizei-Ausbildungslager. Ende 1932 wurde er dabei verhaftet und im März 1933 wegen Hochverrat zu eineinhalb Jahr Gefängnis verurteilt. Nach der „Strafverbüßung“ wurde er Ende 1934 aus der Haft entlassen.

Zu den Genossen der KPD in Hagen hatte er wieder Kontakt und spendete eine Mark fünfzig für die „Rote Hilfe“, einer Hilfsorganisation für inhaftierte Genossen und ihre Familien. Am 27. Mai 1935 wurde er – mit vielen anderen Genossen – nachts erneut verhaftet.

Meine Mutter lag im Krankenhaus, meine ältere Schwester war bei Verwandten, mich ließ die Polizei mit 4 Jahren nachts allein in der Wohnung zurück. Als Kind hatte ich viele Jahre Angst vor der Polizei.

Am nächsten Tag erfolgte die Überführung der Verhafteten nach Dortmund, in die berüchtigte „Steinwache“. Bei den Verhören konnte man meinem Vater nur die Spende für die „Rote Hilfe“ beweisen. Das reichte für ein neues Strafverfahren gegen ihn. September 1935 war der Prozess gegen 24 Angeklagte aus Hagen vor dem Oberlandesgericht in Hamm. Mein Vater wurde als „Wiederholungstäter“ zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Von Ende 1935 bis Dezember 1943 war mein Vater acht Jahre im Zuchthaus Münster in Haft. Auch Paul Claasen aus Solingen war dort inhaftiert. Kurz vor Weihnachten 1943 wurden sie, mit einer großen Gruppe Häftlingen, mehrere Wochen mit unbekanntem Ziel durch Deutschland transportiert. Mitte Januar 1944 kamen sie im KZ Mauthausen, bei Linz in Österreich, an. In den Begleitpapieren der Häftlinge stand: „RU“, das hieß, „Rückkehr unerwünscht“.

Nach etwa acht Wochen wurden mein Vater und Paul Claasen in das Nebenlager, KZ Ebensee überführt. Das KZ war 1943 in einer schönen Landschaft am Traunsee bei Bad Ischl auf Befehl der obersten SS-Führung für die Raketen- und Rüstungsproduktion errichtet worden. Die Häftlinge mussten in kurzer Zeit riesige Stollen in die Berge treiben.

Im KZ Ebensee waren von 1943 bis 1945 mehr als 27 000 Häftlinge aus vielen Ländern in Haft, ca. 8400 von ihnen sind durch die schwere Arbeit beim Stollen-

Foto: r-mediabase.eu - jovofoto

bau, durch Unfälle, Hunger und Krankheit gestorben oder wurden von der SS direkt ermordet. Mein schwer erkrankter Vater hätte ohne die Hilfe von Paul Claasen, der im Krankenrevier arbeitete, das KZ nicht überlebt.

Am 6. Mai 1945 wurde das KZ Ebensee von der amerikanischen Armee befreit. Paul Claasen und mein Vater sind nach der Befreiung aus dem KZ von Ebensee bis Solingen und Hagen zu Fuß in ihre Heimat zurückgekehrt.

Als mein Vater 1933 zum ersten Mal verhaftet wurde, war ich drei Jahre, als er 1945 krank zurückkam, war ich 15 Jahre. Wurde ich als Kind gefragt, wo mein Vater war, hatte ich darauf keine andere Antwort, als zu sagen, er ist tot. Diese traumatischen Erlebnisse, die mein Leben mit prägten, möchte ich den nachfolgenden Generationen ersparen. Auch deshalb spreche ich heute hier.

(...)

Wir verfolgen heute mit großer Sorge, dass neofaschistische Aufmärsche und Provokationen, zunehmend das Straßenbild unserer Städte bestimmen. Diese Aufmärsche werden mit großen Polizeiaufgeboten, unter Berufung auf Artikel 8 Absatz 1 (Versammlungsgesetz) und Artikel 5 Absatz I (freie Meinungsäußerung), gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit, gewaltsam durchgesetzt.

Sorge bereiten uns auch die Mordtaten der Neonazis. Nach aktuellen Berichten der Amadeu-Antonio-Stiftung gibt es seit 1990 über 200 Todesopfer in Deutschland. Von der Bundesregierung werden diese auf „nur 58“ herunter manipuliert.

Eine unhaltbare Situation ist, dass, anstatt gegen Neofaschisten wegen Verbreitung faschistischer Propaganda zu ermitteln, gegen junge Menschen ermittelt wird, die sich den Neonazis in den Weg stellen. Es ist nicht zu verstehen, dass am 8.12.2010 das Bundesverfassungsgericht ein Publikationsverbot für die „Verbreitung rechtsextremistischen oder nationalsozialistischen Gedankenguts“ ablehnte, und ein solches Verbot als eine Verletzung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit bezeichnete.

Fast unglaublich ist, dass das NRW-Innenministerium an Schulen eine Broschüre verbreiten lässt, in der die Losung der VVN-BdA „Der Faschismus ist keine Meinung - sondern ein Verbrechen!“ als Aufforderung zum Gesetzesbruch diffamiert wird. Damit würden wir dem politischen Gegner demokratische Rechte absprechen.

Ein Skandal ist, dass der gültige Artikel 139 des Grundgesetzes, wonach alle Nachfolge- und Tarnorganisationen der NSDAP zu verbieten und aufzulösen sind, keine Anwendung findet!

Wir verstehen nicht, dass Bemühungen, die neofaschistische NPD zu verbieten, von der Bundesregierung sorgsam umgangen werden.

175 000 Unterschriften für ein NPD-Verbot vermodern seit Jahren im Keller des Bundestages. Uns bereitet es große Sorge, dass Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Militarismus bereits in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind.

Wir haben kein Verständnis für die Zulassung neofaschistischer rassistischer und ausländerfeindlicher Parteien zu den Landtagswahlen in NRW. Deshalb möchten wir hier und heute, statt eines stillen Gedenkens, protestieren gegen die staatliche Duldung faschistischer Propaganda und dem Polizeischutz neofaschistischer Aufmärschen. Das sind wir den hier beigesetzten 71 Toten schuldig.

Wir übersehen nicht, dass der Widerstand gegen neofaschistische Aktivitäten bei uns, politisch und weltanschaulich, größer geworden ist. Viele, vor allem junge Menschen, beteiligen sich an Kundgebungen gegen Neofaschisten. In immer mehr Städten gibt es Bündnisse gegen rechtsradikale Gruppen. Aber: die rechtsradikale Gruppe Pro NRW will dieses Jahr am 1. Mai in Remscheid, Solingen, Wuppertal und anderen Städten, mit ausländerfeindlichen, rassistischen Parolen demonstrieren. Die friedlichen Maikundgebungen der Gewerkschaften sollen gestört werden. Von den Behörden und der Polizei verlangen wir ein Verbot dieser provokativen Demonstrationen.

Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten“ fordert seit vielen Jahren das Verbot der NPD und anderer neofaschistischer Organisationen. Gemeinsam mit allen Gegnern der Neofaschisten, müssen wir diese Verbote erreichen.

Mit einem Zitat aus dem Schwur der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald möchte ich meine Ausführungen beenden: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.“ Von der Verwirklichung dieses Schwurs sind wir in der Bundesrepublik Deutschland noch weit entfernt. ■

Foto: r-mediabase.eu - jovofoto

Wählerlisten eingetragenen Stimmberechtigten von zuvor 41 auf nun 46 Millionen Volljährige gewachsen. Dazu trug sowohl das Wachstum der Bevölkerung – Geburten und v.a. Einbürgerungen – bei, da Frankreich eine weniger stark ‚überalternde' Bevölkerung aufweist als Deutschland, als auch die vermehrte Einschreibung in die Wählerregister. Letztere wiederum resultierte zum Teil daraus, dass viel Stimmberechtigte nach dem April 2002 und dem Einzug Jean-Marie Le Pens in die Stichwahl um die Präsidentschaft ein ‚schlechtes Gewissen' verspürten, falls sie ihr Wahlrecht nicht wahrnähmen. Zumindest in den letzteren Fällen dürfte sich der Zuwachs bei den Wählerzahlen allerdings eher zu Ungunsten statt zugunsten des FN ausgewirkt haben…

Wahlergebnis höher als Umfragewerte

Damit lag Marine Le Pen um mindestens einen Prozentpunkt höher als in den für sie günstigsten Umfragen vorausgesagt worden war. Bereits in der Vergangenheit hatte sich oft herausgestellt, dass die extreme Rechte in Vorwahlbefragungen unterbewertet wurde, denn viele ihrer Wähler/innen bekennen sich nicht offen zu ihrem Votum. Oder sie misstrauen allen „Intellektuellen", unter ihnen Umfragerinnen, Journalisten und Sozialforscherinnen, von vornherein.

Abschlussveranstaltung von Marine Le Pen am 17. April

Aber im Laufe des Wahlkampfs hatte sich die Stimmung auch zugunsten der extremen Rechten gewandelt. Die Abschlussveranstaltung im Wahlkampf Marine Le Pens, eine Saalkundgebung am 17. April 2012 in Paris vor über 6000 Menschen, war ein voller Erfolg für die Rassisten: Der Saal kochte. Das Publikum war erheblich jünger, als dies durchschnittlich zu Zeiten des Vaters und Vorgängers der jetzigen Kandidatin – Jean-Marie Le Pen – der Fall gewesen war. Beobachtungen des Verfassers dieser Zeilen, der schon 30 oder 40 Großveranstaltungen der französischen extremen Rechten erlebt hat, zufolge war die Atmosphäre in diesem Jahr eine völlig andere.

Bei Jean-Marie Le Pen verhielt das Publikum, im Schnitt eher mittleren bis höheren Alters, sich eher wie in einer Oper: Es „trank", gläubig und mit Genuss, die Worte des stimmgewaltigen Tenors in sich hinein. Danach ging es in gehobener Stimmung von dannen. Bei Marine Le Pen in diesem Jahr dagegen glich die Atmosphäre eher der in einem Fußballstadion.

Das deutlich verjüngte Publikum ging aktiv mit, spendete tosenden Beifall, schwenkte Fahnen und rief Parolen in Sprechgesängen: On est chez nous! On est chez nous! (Sinngemäß: Wir sind Herren in unserem Haus.) Unter ihm jener junge Mann, der einen Teil des Abends hindurch der Banknachbar des Autors dieser Zeilen war und unermüdlich Dinge rief wie: „Pinochet hat es richtig getan! Die Linken – ab ins Stadion! Zack!" (Unter Anspielung auf das Fußballstadion von Santiago de Chile, das 1973 nach dem Militärputsch als Konzentrationslager genutzt wurde.) Und dieses Publikum füllte danach noch Métrozüge und Busse, zum Teil ohne vom Rufen seiner Parolen abzulassen.

In ihrer Rede hatte Marine Le Pen die Kandidatin einer nationalistischen „Befreiungsbewegung" gegen die Systemparteien gegeben: „Meine Herren Aristokraten des Systems, nun werden Sie Platz am Tisch machen müssen – für das Volk!" Und sie entwarf ein Bild von Frankreich, das durch die EU und die mächtigen Globalisierer unterdrückt werde. Von ihnen werde man sich befreien, erklärte, um unter mächtigem Applaus in einem Schweiß-und-Tränen-Aufwall hinzuzufügen: „Wenn wir mehr arbeiten müssen – wir werden es tun, aber für uns! (Anm.: Gemeint war ‚uns als Nation'). Wenn wir Opfer bringen müssen – wir werden Opfer bringen! Aber für uns, nicht für sie, und nicht unter ihrer Herrschaft!"

Ausgewählte Ergebnisse nach Bezirken

Am höchsten schnitt Marine Le Pen in Bezirken zweierlei unterschiedlichen Typs ab. Einige ihrer höchsten Ergebnisse liegen in südfranzösischen Départements – im Bezirk Vaucluse (um Orange) liegt das höchste Einzelergebnis mit 27,03 %. Aber im benachbarten Gard (rund um Nîmes und im Osten bis Avignon) landete Marine Le Pen, als einzigem Verwaltungsbezirk, auf dem ersten Platz als stärkste Kandidatin mit 25,51 Prozent vor Sarkozy auf dem zweiten und Hollande auf dem dritten Platz mit je über 24 %. Dies sind keine ausgeprägt armen Bezirke, vielmehr handelt es sich bei den WählerInnen des FN hier um eine rechte Stammwählerschaft, die zum Teil aus früheren Algeriensiedlern während der Kolonial-Ara (‚Pieds Noirs') besteht.

Aber auch nordfranzösische industrielle Krisenbezirke, die von Desindustrialisierung und der Abwanderung von Arbeitsplätzen gebeutelt werden, wie Aisne in der Picardie (26,33 % Anteil für Marine Le Pen) oder Pas de Calais mit 25,53 % stimmten weit überdurchschnittlich für Marine Le Pen. Ihre Wählerschaft kommt hier zum Teil aus den Krisenhinterlassenschaften der früher starken Linksparteien, während die südfranzösischen Anhänger des FN sich zu allen Zeiten eher rechts verorteten; falls Letztere je nicht „Le Pen" wählen, dann stimmen sie konservativ oder überhaupt nicht.

Im Jahr 2007, als der Einfluss des FN bei Wahlen zeitweilig stark zugunsten von Nicolas Sarkozy gesunken war, hatte vor allem diese historisch aus der Rechten kommenden und eher in Südfrankreich oder im Elsass vorzufindende Wählerschaft der rechtsextremen Partei vorübergehend den Rücken gekehrt. Vor nunmehr fünf Jahren hatten in Südostfrankreich, in der Provence (in Bezirken wie Vaucluse), die höchsten Stimmentransfer vom damaligen rechtsextremen Spitzenmann Jean-Marie Le Pen zum konservativen Kandidaten Sarkozy stattgefunden. Nunmehr kehrte diese Wählerschaft offenkundig zum Großteil zum Front National zurück. Gleichzeitig hat der FN sowohl im Jahr 2007 als auch in einem veränderten und für ihn erheblich günstigeren Klima im April 2012 beide Male die „Krisenwählerschaft" in Nord- und Ostfrankreich halten können. Erstmals seit zehn Jahren gelingt es ihm also, diese beiden doch höchst unterschiedlichen Flügel seines Wahlpublikums wieder zusammenzuführen.

Offenes Buhlen um Zustimmung auf der extremen Rechten

Bei ihm versucht Sarkozy massiv Stimmen für die Stichwahl anzuwerben. Dies begann bereits am Abend des ersten Wahlsonntags (22. April), als ausnahmslos alle Vertreterinnen und Vertreter Sarkozys in den Fernsehstudios – in seinem Lager gibt es meistens Absprachen über ‚éléments de langage', also einheitliche Sprachregelungen – vor allem entlang des „Ausländerthemas" polarisierten: Unter sozialdemokratischer Regierung handelten sich „die Franzosen, die das nicht wollen, das Ausländerwahlrecht" ein. So tönten die Ministerinnen während der Sarkozy-Ära Nadine Morano und Rachida Dati, Ex-Regierungssprecher Laurent Wauquiez und andere unisono. Auch stellten sie eine Infragestellung des Schengen-Abkommens zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den einzelnen EU-Ländern in Aussicht. Es steht tatsächlich in Sarkozys Programm.

In den darauffolgenden Tagen rief Nicolas Sarkozy – für allgemeine Überraschung sorgend – zunächst dazu auf, zu einem „Feiertag der wahren Arbeit" am 1. Mai auf die Straße zu mobilisieren. Dies ist neu und unerhört, da die konservative Rechte seit Jahrzehnten zum Arbeiterfeiertag nicht auf der Straße war (im Unterschied freilich zum Front National, der alljährlich an diesem Datum „für die Nationalheilige Jeanne d'Arc" aufmarschiert). Dieser Begriff der „wahren Arbeit", den Sarkozy später offiziell zurückgenommen hat und den er inzwischen durch den Ausdruck „wahrer Tag der Arbeit" ersetzen sehen möchte, soll „diejeni-

gen, die früh aufstehen und sich anstrengen“ ansprechen. Diese sollen in Gegensatz zu Faulenzen, Sozialschmarotzern, aber auch zu Staatsbediensteten wie Krankenschwestern und Lehrer/inne/n – da öffentlich Bediensteten laut Sarkozy „nicht der Konkurrenz ausgesetzt sind“ – gerückt werden.

Viele linke und gewerkschaftliche Reaktionen betonten, Sarkozy trete hier in die Fußstapfen des Marschalls Pétains; tatsächlich war der frühere „Internationale Arbeiterfeiertag“ der Arbeiterbewegung unter diesem ab 1940 zum „Tag der Arbeit“ umgewidmet und erstmals zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden. Alsbald zirkulierten im Internet allenthaben Plakate, die zum 1. Mai 1941 als „Tag der echten/wahren Arbeit“ aufriefen und die historische Tradition, in welche Sarkozy sich stelle, belegen sollten. Allerdings handelte sich um eine kleine Fälschung, da das Originalplakat retuschiert und das Wörtchen ‚vrai’ (für „wahr/echt“) hineingeschmuggelt worden war. Unabhängig davon betonten sowohl der Präsidentschaftskandidat des Linksbündnisses, Jean-Luc Mélenchon, als auch die grünlinksliberale Präsidentschaftskandidatin Eva Joly in den vergangenen Tagen offen die „pétainistische Wortwahl“ Nicolas Sarkozys. An dieser Stelle werden wir in Bälde von den Ergebnissen dieses Mobilisierungsversuchs der Rechten berichten.

Ferner setzte Sarkozy noch andere Signale an die Adresse der rechtsextremen Sympathisanten. So sprach er sich Mitte vergangener Woche, nach der Einleitung eines Strafverfahrens gegen einen Polizisten – der im Pariser Vorort Noisy-le-Sec einen flüchtigen, schweren Straftäter von hinten erschossen hatte – wegen Totschlags, für eine „Notwehr-Vermutung/-Unterstellung“ zugunsten von Polizisten bei jedem Schusswaffeneinsatz aus. Diese solle als Stärkung der gesetzlichen Unschuldsvermutung eingeführt werden. Bingo: Die Maßnahme taucht seit Juni 2011, als einer der ersten Vorschläge im Programmteil „Innere Sicherheit“, im Programm Marine Le Pens auf.

Auf Kritik, die Sarkozy vorwarf, zu deutlich auf die Wählerschaft des Front National zuzugehen, antwortete Sarkozy in diversen TV-Sendungen wiederholt: „Wenn die Republik es zulässt, dass Marine Le Pen zu Wahlen antritt, dann kann es sich nicht verboten sind, sich an diese Franzosen (Anm.: die für sie stimmen) zu adressieren.“ Zu Anfang der Woche nach der ersten Wahlrunde hatte er sogar noch expliziter erklärt: „Marine Le Pen ist mit der Republik kompatibel (= vereinbar)“. Inzwischen möchte er dies dahingehend klargestellt wissen, dass er der Auffassung sei, „die Tatsache ihrer Kandidatur“ sei mit der Demokratie vereinbar.

Bislang hat Marine Le Pen keine Stimmempfehlung ausgesprochen, und sie möchte es – falls überhaupt – auch nicht vor dem jährlichen Aufmarsch ihrer Partei zum 1. Mai 12 in Paris tun. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die FN-Chefin an diesem Dienstag, den 1. Mai jedoch einen Aufruf gegen beide Stichwahlkandidaten erlassen. Ähnliches hatte der Front National auch bei den letzten Präsidentschaftswahlen stets gehalten. Das letzte Mal, dass der FN eine (indirekte) positive Stimmempfehlung für einen Kandidaten abgab, war 1988: Damals verkündete Jean-Marie Le Pen die Maxime „Keine Stimme für Mitterrand“. Dies lief darauf hinaus, in der Stichwahl gegen den (letztlich wiedergewählten) „sozialistischen“ Amtsinhaber François Mitterrand für dessen bürgerlichen Herausforderer Jacques Chirac zu stimmen. Hingegen erklärte Jean-Marie Le Pen zur darauffolgenden Wahl am 1. Mai 1995 am selben Ort – auf dem Pariser Opernplatz –, dass beide damaligen Kandidaten (Jacques Chirac und sein „sozialistischer“ Gegenkandidat Lionel Jospin) unwählbar seien. Im Originalton: ‚Chirac, c’est Jospin en pire!‘ Dies bedeutete: „Chirac ist genau dasselbe wie Jospin, nur schlimmer.“ Ähnliches wird Jean-Marie Le Pens Nachfolgerin und Tochter voraussichtlich auch in diesem Jahr durchblicken lassen.

Laut vorliegenden Umfragezahlen wollten am Wahlabend (22. April) zunächst 60 Prozent ihrer WählerInnen voraussichtlich für Nicolas Sarkozy in der Stichwahl stimmen, im Gegensatz zu 18 Prozent für Hollande. Im Laufe der Woche sank der Anteil der potenziellen Sarkozy-Wähler unter den FN-Anhängern jedoch auf nur noch 50 Prozent ab. Laut Auskunft des Umfrageinstituts BVA deswegen, weil in den Augen vieler rechtsextremen Wähler/innen Sarkozy dieselben gar zu offenkundig und übertrieben „anzubaggern“ versuchte – und sie sich dadurch verschaukelt fühlten… (Vgl. dazu http://actu.orange.fr/une/hollande-54-5-devant-sarkozy-45-5-au-second-tour-selon-bva-afp_582478.html)

Zu Anfang dieser Woche – am Montag, den 30. April 12 – ist laut neuesten Umfragezahlen der Anteil derjenigen, die zu einer Stimmabgabe für Sarkozy gewillt sind, wieder auf 54 % gestiegen. 13 % in der Wählerschaft der extremen Rechten wollen demnach für François Hollande stimmen, und 32 % für keinen der beiden Kandidaten. (Vgl. http://actu.orange.fr/une/hollande-perd-un-point-a-53-sarkozy-en-gagne-1-a-47-selon-ipsos-afp_584958.html)

Im „harten Kern“ ihrer Anhängerschaft und im Apparat der Partei zieht man allerdings eine Niederlage Nicolas Sarkozys vor, verknüpft mit dem strategischen Projekt, danach die politische Rechte neu – und rund um die eigene Partei herum – aufzubauen. Diese Strategie, die darauf hinausläuft, die bürgerliche Rechte „zur Explosion zu bringen“; war bereits in den 1990er Jahren durch den damaligen FN-Ideologen Bruno Mégret formuliert und verkündet worden.

Am Wahlabend (22. April) erklärte der Rechtsanwalt Gilbert Collard, ein neu gewonnener prominenter Unterstützer Marine Le Pens, im TV-Studio: „Eine neue Rechte ist entstanden, man wird auf sie Rücksicht nehmen müssen.“ Damit meinte er die eigene Partei „seiner“ Kandidatin/ (Gilbert Collard war 2012 Vorsitzender des Unterstützerkomitees für die Kandidatur Le Pens, hat aber bislang keinen Mitgliedsausweis beim FN.)

Dem widersprach jedoch am Montag früh (23. April) Marine Le Pen junger Berater Florian de Philippot im Rundfunk deutlich: Man wolle keine neue Rechte darstellen, vielmehr „glauben wir nicht mehr an den Gegensatz zwischen Links und Rechts ‘ denn die Grenze verläuft vielmehr zwischen denen, die ihre Nation lieben, und den Anhängern des Globalismus“. Für das eigene Projekt, jenes des „Widerstands gegen die Globalisten“, wolle man sowohl Leute aus der bisherigen Rechten als aus der bisherigen Linken ansprechen. Beide argumentierten jedoch dergestalt, dass die rechtsextreme Partei als eine Art Demokratisierungsbewegung gegen ein Blockparteiensystem – dessen Kräfte alle Medien kontrollierten, über „falsche Umfragen“ (Gilbert Collard) das öffentliche Klima beeinflusse und die Meinungsfreiheit unterdrücke – erscheinen sollte.

Aus den gegen Marine Le Pen und ihre „Generallinie“ opponierenden Teilen der extremen Rechten kommen hingegen explizite Stimmempfehlungen für Nicolas Sarkozy. Carl Lang, bis im Jahr 2005 Generalsekretär des FN und seit Januar 2009 Vorsitzender seiner eigenen Partei – des Parti de la France (PdF, „Partei Frankreichs“), rief etwa dazu auf, „gegen François Hollande“ zu stimmen. Denn sonst käme „die Linke an die Macht, und dies bedeutet: Ausländerwahlrecht, Homosexuellenehe und Adoptionsrecht für homosexuelle Paare!“

Auch Bruno Gollnisch, der frühere Vizepräsident de FN, der im Januar 2011 die Wahl zum/r neuen Parteivorsitzenden gegen Marine Le Pen verlor und die eher katholisch-nationalistische „traditionalistische“ Opposition in der Partei vertritt, neigt zu dieser Position. Am 30. April verlautbarte, dass er zu einer Stimmabgabe für Nicolas Sarkozy „neige“; vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2012/04/30/97001-20120430FILWWW00387-gollnisch-fn-penche-pour-sarkozy.php. Hintergrund ist sicherlich auch, dass seine Unterstützer der aktuellen Parteiführung vorwerfen möchte, „zu weit nach links“ zu tendieren, aufgrund der starken sozialdemagogischen Beimischungen zu ihrem Diskurs (und weil Marine Le Pen gegen ein gesetzliches Abtreibungsverbot auftritt).

Bernard Schmid, Paris

Samtgemeinde Hadeln will Rückkehr von Familie Meta

Die Abschiebung der Roma-Familie Meta am 7. Dezember letzten Jahres hat im Landkreis Cuxhaven und auch anderswo in Niedersachsen für große Empörung gesorgt. Nach über 10 Jahren Leben in Deutschland sind sie in den Kosovo abgeschoben worden. Vor diesem Hintergrund haben SPD und Grüne einen Antrag zur Verabschiedung einer Resolution in den Samtgemeinderat Land Hadeln im LK Cuxhaven eingebracht.

Am 20. März hat die Samtgemeinde Land Hadeln, mit großer Mehrheit die Resolution verabschiedet. Darin werden eine weitere Bleiberechtsregelung, die humanitäre Aspekte stärker berücksichtigen sowie für langjährig in Deutschland lebende Roma auf Grund der geschichtlichen Verantwortung Deutschlands ein sicheres Aufenthaltsrecht gefordert. Der Landkreis Cuxhaven, die niedersächsische Landesregierung sowie die Bundesregierung werden gebeten, ihre Abschiebepraxis von Roma und Ashkali zu überprüfen.

Die Landesregierung wird zudem gebeten, einer Wiedereinreise der Familie Meta zuzustimmen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 12.04.2012 ■

FRONTEX Sammelabschiebung nach Kosovo

Ein junger Mann aus NRW sitzt heute (26.04.) in dem FRONTEX Flieger nach Priština. Unterstützer aus NRW hatten sich zuvor intensiv für seine Familie eingesetzt um die angedrohte Abschiebung seiner Eltern zu verhindern. Für die Eltern war dieser Einsatz auch soweit erfolgreich. Ihre Duldung wurde verlängert und eine Anwältin setzt sich dafür ein eine Bleiberechtsperspektive für sie zu ermöglichen.

Der nun abgeschobene Sohn ist mit einer Frau mit festem Aufenthaltsstatus verheiratet und hat mit ihr ein einjähriges Kind. Die Familie lebt seit 20 Jahren in Deutschland.

Die Eltern bekamen zeitgleich zu der Festnahme ihres Sohnes um halb eins in der Nacht ebenfalls überfallartigen Besuch durch ca. 20 Polizisten. Sie wurden aber nicht mitgenommen, sondern mussten nur ihre Papiere kontrollieren lassen. Für das ältere Ehepaar war dies natürlich ein unglaublicher Schock!

Ein Eilantrag um die Abschiebung zu verhindern wurde abgelehnt.

Ein Team von alle bleiben! wartet grade am Flughafen von Priština auf die Ankunft des Fliegers. Wir kritisieren stark, dass hier erneut eine Familie zwangsweise durch eine Abschiebung auseinander gerissen und darüber hinaus ohne nachvollziehbaren Grund von der Polizei zusätzlich in Angst und Schrecken versetzt wurde.

Alle bleiben!

Quelle: www.alle-bleiben.info - Roma Center Göttingen e.V. 26.04.2012 ■

Ausschussreise bestätigt Abschiebestopp in Kosovo

Die Linksfraktion bekräftigt ihre Forderung nach einen sofortigen Abschiebestopp für Roma und andere Minderheiten in das Kosovo.

Ihre Reise in das Kosovo und ihr anschließender Aufenthalt mit dem Innenausschuss des Landtags dort hätten verdeutlicht, wie katastrophal die Lage der abgeschobenen Flüchtlinge aus Niedersachsen sei, berichtet Pia Zimmermann, die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, nach ihrer Rüchkehr. „Ich habe mehrere abgeschobene Familien besucht und ihre Lage ist erschreckend: Sie wurden in die Perspektivlosigkeit abgeschoben."

Es mangele dort an bezahlbaren Wohnungen, und die Chance auf Arbeit sei besonders für Roma gering. Außerdem seien sie täglich und in vielen Bereichen Diskriminierungen ausgesetzt. Wenn Eingliederungshilfen gewährt werden, seien sie zu gering und zeitlich sehr begrenzt. „Die Leute landen früher oder später auf der Straße", so Zimmermann.

Die Reise des Innenausschusses müsste jedem Teilnehmer deutlich gemacht haben, dass dem Abschiebeirrsinn ein Ende gesetzt werden müsse. Roma dürften nicht länger Spielball der Politik der Europäischen Union und des Kosovo sein. Außerdem müsse das Land Niedersachsen den bereits abgeschobenen Flüchtlingen eine Rückkehrperspektive eröffnen, fordert Zimmermann.

Quelle: http://www.linksfraktion-niedersachsen.de, 26. April 2012 ■

Größte Beteiligung seit Bestehen:

Internationale Wochen gegen Rassismus

Die diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus, die vom 12. bis 25. März stattfanden, waren die umfangreichsten in der Geschichte der Aktionswochen. Der vom Interkulturellen Rat veröffentlichte Veranstaltungskalender verzeichnet bundesweit erstmals mehr als 1200 Aktivitäten in über 300 Städten und Gemeinden.

Vor allem zivilgesellschaftliche Akteure wie Schulen und Volkshochschulen, Sportvereine, Gewerkschaften, Betriebe und lokale Initiativen haben die Internationalen Wochen gegen Rassismus mit großem Engagement und viel Kreativität zu einem Erfolg gemacht. Zahlreiche Städte und Gemeinden haben eigene Veranstaltungsprogramme zusammengestellt.

Ein Anlass für die große Beteiligung an den diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus war sicher das Entsetzen über die rassistisch motivierten Morde der sogenannten Zwickauer Zelle und das Bedürfnis, diesen etwas entgegenzusetzen. Deutlich wurde in den Veranstaltungen aber auch, dass es den Akteuren ein großes Anliegen ist, den Blick auf Alltagsrassismus und strukturellen Rassismus in der Mitte der Gesellschaft nicht zu verlieren. So wurden zu vielen Gelegenheiten aktuelle gesellschaftliche Themen wie die prekäre soziale Situation von Flüchtlingen und Geduldeten sowie eingeschränkte Partizipationsrechte für Migrantinnen und Migranten oder die soziale Ausgrenzung von Minderheiten aufgegriffen. Vielerorts setzte man sich mit Antisemitismus, Antiziganismus und mit antimuslimischem Rassismus auseinander.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt April 2012" 17.04.2012 ■

Zum Beispiel Honeywell:

Engagement in der Woche gegen Rassismus

Die internationalen Wochen gegen Rassismus sind Anlass für die vielfältigsten Veranstaltungsformen und Aktionen. Ein Beispiel für eine kleine, aber nachdenklich machende Aktion lieferten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute der IG BCE und der Betriebsrat bei der Honeywell Bremsbelag GmbH in Glinde bei Hamburg Grund. Sie hängten das Plakat der Internationalen Wochen aus, verteilten die gemeinsame Erklärung von „Kumpelverein", Pro Asyl und Interkulturellem Rat und die Gelbe-Hand-Anstecker „Mach meinen Kumpel nicht an!".

In einer Betriebsratsinfo wurde darüber hinaus die Frage aufgeworfen, ob die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle weit weg ist oder die Beschäftigten von

Jurid – der Markenname der Bremsbelege – irgendwie betroffen sind. Der Betriebsrat erinnerte deshalb daran, dass ein Jurid-Kollege in dem Haus in Mölln lebte, auf das im November 1992, ein Brandanschlag verübt wurde. Damals kamen zwei Kinder und ihre Großmutter ums Leben. Der Kollege war mit den Opfern verwandt. Ein Jahr zuvor war ein türkischer Jurid-Kollege von Skin Heads in Bergedorf fast totgetreten worden.

Die Schlussfolgerung des Betriebsrats: „Es ist also hier bei uns im Betrieb nicht nur eine theoretische Frage. Mögliche Opfer rassistischer Gewalt arbeiten hier als Kolleginnen und Kollegen." Deshalb sollte klar gemacht werden: Wir stehen zusammen. Das sollte nicht nur im Betrieb ausgebaut, sondern auch nach außen getragen werden.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt April 2012" ■

Flucht ist kein Verbrechen!

Mitmachen: E-Mail-Aktion an Bundesinnenminister Friedrich!

Liebe Leserinnen und Leser,

Bundesinnenminister Friedrich setzt alles daran, dass in der europäischen Flüchtlingspolitik alles so bleibt wie es ist. Aber wie es ist, darf es auf keinen Fall weitergehen: In Ungarn, Malta, Italien und anderen EU-Staaten werden Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert oder schutz- und obdachlos auf die Straße gesetzt.

Schaffen es die Flüchtlinge aus diesen Staaten in andere EU-Länder wie Deutschland weiterzufliehen, werden sie auch dort aufgegriffen, inhaftiert und zurückgeschoben. Nach schweren Strapazen und einer Kette von Abschiebungen finden sich viele Flüchtlinge in einer völlig hoffnungslosen Situation wieder, in der ihnen keinerlei Rechte auf Schutz gewährt werden.

Am 26. und 27. April treffen sich die Innen- und Justizminister der EU-Staaten in Brüssel, um über die sogenannten „EU-Aufnahmerichtlinie" zu verhandeln. Dies wäre eine Gelegenheit, um die skandalöse Inhaftierung von Flüchtlingen endlich zu stoppen. Doch stattdessen will Innenminister Friedrich dort erreichen, dass es EU-Staaten künftig offiziell erlaubt wird, an den Grenzen Flüchtlinge einzusperren – vorgeblich, um ihre Identität feststellen zu können. Faktisch bekämen die EU-Staaten damit einen Freibrief für die willkürliche Inhaftierung von Flüchtlingen.

Fordern Sie Innenminister Friedrich jetzt dazu auf, seine Haltung zu überdenken. Nehmen Sie Teil an der E-Mail-Aktion „Flucht ist kein Verbrechen!". Protestieren Sie gegen die Inhaftierung von Flüchtlingen und gegen Abschiebungen von Flüchtlingen in EU-Staaten, in denen ihnen Haft und Elend drohen

PRO ASYL fordert:

Die Inhaftierung von Flüchtlingen muss europaweit beendet werden.

Deutschland darf Schutzsuchende nicht in EU-Länder abschieben, in denen elende Aufnahmebedingungen herrschen, kein faires Asylverfahren möglich ist und Flüchtlinge fürchten müssen, in Haft genommen zu werden.

Alle Schutzsuchenden müssen das Recht haben, sich vor Gericht gegen Abschiebungen effektiv zu wehren – auch im Dublin-II-Verfahren.

Die Staaten im Inneren der EU dürfen die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz nicht an die EU-Außengrenze abschieben. Die unfaire Asylzuständigkeitsregelung muss grundlegend verändert werden.

Quelle: „Pro Asyl" aktion@proasyl.de 18.04.2012 ■

SPD im Aufenthalts- und Asylverfahrensrecht Minderjähriger verbessern

Die Situation Minderjähriger im Aufenthalts- und Asylverfahrensrecht soll nach dem Willen der SPD-Fraktion verbessert werden. In einem entsprechenden Gesetzentwurf (17/9187 – http://dip. bundestag.de/btd/17/091/1709187.pdf) verweist die Fraktion darauf, dass die Bundesregierung im Juli 2010 die Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen habe. Um die deutsche Rechtslage an die Maßstäbe dieser Konvention anzupassen, bedürften mehrere Regelungen des Asylverfahrensgesetzes, des Aufenthaltsgesetzes und des Achten Sozialgesetzbuchs der Änderung

Der Vorlage zufolge soll im Aufenthalts- und im Asylverfahrensgesetz klargestellt werden, „dass bei der Rechtsanwendung das Wohl des Kindes ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt ist". Auch soll danach die „aufenthalts- und asylrechtliche Verfahrensfähigkeit" von bisher 16 auf 18 Jahre angehoben und allen unbegleiteten Minderjährigen im Asylverfahren ein gesetzlicher Vertreter zur Seite gestellt werden

Zudem möchte die Fraktion gewährleistet sehen, dass das Jugendamt als Vormund regelmäßig eine „Ergänzungspflegschaft für die fachlich kompetente Vertretung des Minderjährigen in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren beantragt"

Für 16- und 17-Jährige soll laut Entwurf die Pflicht entfallen, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. „Stattdessen werden sie regelmäßig durch das Jugendamt in Obhut genommen", heißt es in der Vorlage weiter. Danach soll außerdem klargestellt werden, „dass unbegleitete Minderjährige nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden, sondern in Obhut zu nehmen sind"

Ferner sieht die Vorlage vor, dass das sogenannte Flughafenverfahren keine Anwendung auf unbegleitete Minderjährige findet. Stattdessen seien sie „durch das Jugendamt in Obhut zu nehmen, um so die Durchführung eines Clearingverfahrens zu gewährleisten". Zur Gewährleistung eines solchen Verfahrens will die Fraktion auch die Zurückweisung an der Grenze für unbegleitete Minderjährige ausschließen. Darüber hinaus möchte sie unter anderem bei der Altersfestsetzung die Beteiligung des Jugendamtes für solche Fälle sichergestellt wissen, in denen nach einer medizinischen Untersuchung Zweifel fortbestehen. Damit will sie gewährleisten, dass „von der Behörde vorgenommene Altersfestsetzungen bei verbleibenden Zweifeln nicht allein auf Grundlage medizinischer, sondern auch auf Grundlage pädagogischer und psychologischer Erkenntnisse" erfolgen.

Quelle: jesuiten-fluechtlingsdienst.de - nds-fluerat.org 18.04.2012 ■

Tod von 63 MigrantInnen im Mittelmeer – Klage gegen französische Armee

Ein Jahr nach dem Tod von 63 MigrantInnen in einem Boot vor Libyen reichen Überlebende heute mit Unterstützung eines NGO-Zusammenschlusses* Klage in Frankreich ein. Sie beschuldigen die französische Armee der unterlassenen Hilfeleistung.

Im März 2011 griff das Chaos in Libyen um sich, und Tausende AusländerInnen waren gezwungen, aus dem Land zu fliehen, um der Gewalt zu entkommen. Unter ihnen waren 72 Personen äthiopischer, eritreischer, nigrischer, ghanesischer und sudanesischer Herkunft, die in der Nacht des 27 März mit einem Schlauchboot Richtung Italien ablegten. Einige Stunden nach ihrer Abfahrt überflog ein französisches Patrouillenflugzeug das Boot und meldete es den italienischen Küstenwachen. Die Reise ver-

Flüchtlingsboot im Mittelmeer *Foto: Archiv*

wandelte sich schnell in einen Alptraum. Es ging ihnen Kraftstoff, Nahrung und Trinkwasser aus; sie verloren die Kontrolle über ihr Boot. Über Telefon sendeten sie SOS aus, das die italienischen Küstenwachen erhielten, die ihrerseits Notfallmeldungen mit genauer Ortsangabe an die Schiffe schickten, die sich im Mittelmeer aufhielten. Diese Notrufe wurden alle vier Stunden zehn Tage lang ausgesendet. Die Gewässer vor Libyen hatten damals Marine-Einheiten massiv in Beschlag genommen, die über hochentwickelte Technik verfügen. Das Boot der MigrantInnen wurde zwei Mal von Hubschraubern überflogen. Einer von ihnen warf sogar einige Flaschen Wasser und Kekse zu den Passagieren hinunter, bevor er wieder wegflog. Danach, nichts!

Nach neun Tagen des Herumtreibens, als zahlreiche Passagiere bereits tot waren, kreuzten die MigrantInnen ein Militärschiff. Sie meldeten ihnen ihre Not und zeigten ihnen die Körper toter Babys. Aber niemand kam ihnen zu Hilfe.

Das Schlauchboot wurde nach 15 Tagen des Herumtreibens schließlich an die libysche Küste zurückgetrieben. An Bord waren nur noch elf Überlebende, zwei von ihnen starben gleich nach der Ankunft in Libyen. 63 Personen, unter ihnen 20 Frauen und 3 Kinder, haben wegen ausgebliebender Hilfe den Tod gefunden.

Dieser Vorfall, Symbol der Indifferenz Europas gegenüber den Flüchtlingen, wurde heute von einigen Überlebenden vor das französische Strafgericht gebracht. Es wurde heute Klage gegen unbekannt wegen unterlassener Hilfeleistung vor dem Landgericht Paris (Tribunal de grande instance de Paris) eingereicht, das über eine Abteilung verfügt, die auf Militärangelegenheiten spezialisiert ist. Es obliegt nun der französischen Justiz, Licht in die Verantwortlichkeit der französischen Armee zu bringen, die in Libyen eingesetzt wurde, um die Zivilbevölkerung zu schützen, aber deren Flüchtlingen keine Hilfe gewährte. Auf jeden Fall haben die französischen Streitkräfte die Notrufe erhalten, aber alles deutet darauf hin, dass sie ihren internationalen und nationalen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, nämlich Leben zu schützen, und insbesondere das Leben auf See.

Die Verachtung und die Indifferenz gegenüber den Personen, die versuchen, nach Europa zu kommen, um ihr Leben zu retten, sind nicht hinzunehmen. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat das kürzlich mit Nachdruck in einem Beschluss vom 23. Februar bekräftigt. Unsere Organisationen, die die Überlebenden dieser Tragödie unterstützen, erwarten von der französischen Strafjustiz, dass sie vorgeht gegen die Verletzung der Verpflichtung, Menschen in Not Hilfe zu gewähren, und sind der Auffassung, dass es keine Rechtfertigung dafür gibt, ungestraft Menschen sterben zu lassen, bei denen man wusste, dass es sich um Menschen in Not handelte.

Paris, 11. April 2012

* Der NGO-Zusammenschluss umfasst:
Agenzia Habeshia, Associazione Ricreativa e Culturale Italiana (ARCI), Boat4People, Coordination et initiatives pour réfugiés et immigrés (Ciré), Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme (FIDH), Groupe d'information et de soutien des immigrés (GISTI), Ligue des droits de l'Homme (LDH), Migreurop, Progress Lawyers Network, Réseau euro-méditerranéen des droits de l'Homme (REMDH).
Quelle: Gemeinsame Presse-Erklärung International Federation for Human Rights (FIDH)
Groupe d'information et de soutien des immigrés (GISTI) - http://www.boats4people.org

Die Tour von Boats4People findet zwischen dem 1. und 19. Juli statt!

Um die europäischen Flüchtlingspolitik und das damit verbundene Sterben im Mittelmeer ins Rampenlicht der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken und damit die Proteste dagegen zu vergrößern, plant das transnationales Organisationskomitee Boats4People seit fast einem Jahr eine Flottille der Solidarität im Mittelmeer. …

Das Projekt beginnt nun endgültig am 1. Juli in Cecina, Italien auf der jährlich stattfindenden Antirassismuskonferenz, die von der italienischen NGO ARGI organisiert wird und auf der ein Jahr zuvor die Idee zu dem Projekt entstand.

Doch noch immer mangelt es der afroeuropäischen Kooperation Boats4People an Booten, vor allem an großen Booten, die viele Menschen gleichzeitig transportieren können. So wird der Raum auf den Schiffen, die von Italien nach Tunesien übersetzen sollen, voraussichtlich recht knapp sein. Deshalb hat die Afroeuropäische Kooperation Boats4People beschlossen, nun als eine Art Karawane mit vielfältigen Aktivitäten zu See und Land loszuziehen. Die Gruppe zu Land und See soll als Kollektiv unterwegs sein, welches voraussichtlich aus Aktivist_innen, Forscher_innen, Journalist_innen und Parlamentarier_innen bestehen wird.

Noch in Vorbereitung sind verschiedene Proteste gegen Internierung sowie Monitoring per Boot und an Land auf Sizilien, die vom 5. bis zum 7. Juli stattfinden sollen.

Mindestens ein Boot soll dann aus einem toskanischen Hafen nach Süden in See stechen. Im Anschluss daran wird Boats4People mehrere Zwischenstationen in unterschiedlichen tunesischen Hafenstädten machen, wo Aktivitäten wie Filmvorführungen, Ausstellungen, Diskussionen und Demonstrationen vorgesehen sind. …

Für den 13.7. ist die Ankunft in der Stadt Monastir, Tunesien, geplant, wo das Treffen des internationalen Komitees des Weltsozialforums stattfinden wird. Der letzte Stopp wird ab 19. Juli Lampedusa sein, dem Symbol der gewaltsamen EU Grenzpolitik, wo dieses Pilotprojekt nach verschiedenen Aktionen und der Teilnahme an einem Filmfestival mit dem Schwerpunkt Migration, welches am 19. Juni beginnt, mit einem gemeinsamen Monitoring zunächst endet.

Iko

Das transnationale Organisationskomitee Boats4People fordert:
❮ von der EU, ihre gewaltsamen Kontrollen der Seegrenzen zu beenden;
❮ von den Regierungen Afrikas, mit der Vergangenheit zu brechen und sich zu weigern Rückübernahmeabkommen mit europäischen Ländern und der EU zu unterzeichnen, die zur Verletzung der Menschenrechte von MigrantInnen führen;
❮ von allen Ländern die Kriminalisierung derjenigen zu beenden, die MigrantInnen in Übereinstimmung mit dem Seerecht retten, das jedem/r Seefahrer/in vorschreibt, „so schnell wie möglich Personen in Seenot zu Hilfe zu eilen, wenn er von ihrem Hilfebedürfnis Kenntnis erhält" (Art. 98 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen).

Boats4People nimmt Teil an der Vorbereitung juristischer Verfahren, in denen europäische Militär- oder Grenzkontrollboote die Hilfe an in Seenot Geratene unterlassen haben.

Ein weiterer wesentlicher Punkt besteht im Aufbau eines Netzwerks von Seeleuten, die im Falle von Menschenrechtsverletzungen auf See Boats4People benachrichtigen und alarmieren können. Die Kooperation zwischen europäischen und afrikanischen Organisationen, AktivistInnen und ForscherInnen soll ein weiterer Schritt hin zu einer verstärkten und langfristigen transnationalen Zusammenarbeit werden. Das oberste Ziel des Komitees ist Bewegungsfreiheit für alle.

Infos aus dem 7. transnationalen Newsletter Boats4People im April 2012

Das transnationale Organisationskomitee braucht dringend Unterstützung in Form von Öffentlichkeitsarbeit, Mobilisierungsgruppen, Übersetzer_innen für den transnationalen Newsletter, Mitreisenden und vor allem von zur Verfügung gestellten Booten und Geld.
Bereits seit einigen Monaten gibt es neben einer b4p-Gruppe in Berlin (Kontakt: b4p-berlin@so36.net) auch eine b4p-Gruppe in Hamburg. Kontakt: b4p-hh@so36.net
Allgemeiner Kontakt: contact@boats4people.org, Homepage: www.boats4people.org

Resistance-Film und Gespräch

DGB und Gingold-Erinnerungsinitiative am 8. Mai in Frankfurt

Aus Anlass des 67. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus zeigen der DGB Frankfurt und die Gingold-Erinnerungsinitiative in einer gemeinsamen Veranstaltung am Dienstag, dem 8. Mai 2012, um 18.00 Uhr, im Willi-Richter-Saal des Frankfurter DGB-Gewerkschaftshauses (Wilhelm-Leuschner-Str.69-77) den Film „Frankreichs fremde Patrioten – Deutsche in der Resistance“. Im Anschluss daran findet ein Gespräch statt.

Der Film von Frank Gutermuth und Wolfgang Schön erzählt die Geschichte von Peter Gingold, Kurt Hälker, Hans Heisel, Gerhard Leo und Henriette Dreifuss, die als deutsche Antifaschisten in der französischen Widerstandsbewegung Resistance gegen den deutschen Faschismus kämpften.

Bei dem vorgesehenen Gespräch soll mit Mitgliedern von Jugendverbänden auch darüber gesprochen werden, was junge Menschen von einer zeitgemäßen Erinnerungsarbeit erwarten, welche Vorstellungen und Interessen sie haben.

Voraussichtlich wird dabei auch einer der im Film porträtierten Widerstandskämpfer, nämlich Hans Heisel, der heute 90jährig in Frankfurt am Main lebt, anwesend sein.

Ettie-und-Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative

Assoziation Dämmerung präsentiert:

Das braune Netz. Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer

Der neofaschistische „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) konnte mehr als 13 Jahre lang ungehindert morden. Zumindest einige der zehn Opfer könnten möglicherweise noch leben, wenn die politische Klasse und die Strafverfolgungsbehörden nicht kläglich versagt und die Augen vor zwei bitteren Tatsachen verschlossen hätten: Es gibt in Deutschland terroristische Netzwerke militanter Neonazis. Und ihre Verbrechen werden aus den Reihen der Inlandsgeheimdienste gefördert, vertuscht und verharmlost.

Markus Bernhardt, freier Journalist und Mitglied der VVN-BdA, berichtet für die Tageszeitung junge Welt „über den größten Geheimdienstskandal der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte“. Seine Recherchen und Analysen hat er in dem im März veröffentlichten Buch „Das braune Netz“ zusammengefasst. Darin problematisiert Bernhardt auch die „Begriffslosigkeit“ und „Staatsfrömmigkeit“ von Organisationen, die sich zwar dem antifaschistischen Spektrum zuordnen, aber die zur Staatsdoktrin erhobene Gleichsetzung von Rot und Braun unterstützen, sich an der Diffamierung von Antikapitalisten und Kriegsgegnern beteiligen – und somit den grassierenden Antikommunismus nähren.

Michael Sommer wird diese Kritik in seinem Vortrag vertiefen und der Frage nachgehen, ob die antifaschistische Linke den Herausforderungen eines autoritärer werdenden Kapitalismus gewachsen ist, wenn sie ihren Antifaschismus auf die Gegnerschaft zu den Neonazis verengt, indem sie lediglich die bürgerliche Ordnung gegen jene verteidigt. Diesen Nazi-Gegnern erscheint – wie den Extremismustheoretikern – der Faschismus als das ganz Andere gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft, nicht als deren „Wahrheit“, als die der marxistische Philosoph Max Horkheimer ihn erkannt hatte. Im besten Fall droht der Antifa-Bewegung, auf diese Weise ihre Orientierung abhanden zu kommen. Im schlechtesten Fall macht sie sich zum Erfüllungsgehilfen von Geschichtsrevisionisten und des neoliberalen Projekts für die Machterweiterung ökonomischer Eliten.

Freitag, 4. Mai 2012
19.30 Uhr
Magda-Thürey-Zentrum (MTZ)
Lindenallee 72
Hamburg-Eimsbüttel

Die Vorträge finden im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Hamburger Bündnisses gegen Rechts (HBgR) statt.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die Familie

Junge Freiheit Nr. 15/12
vom 6. April 2012

Der Mangel an erfolgreichen rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik zwingt das Blatt, sich immer wieder an CDU und FDP abzuarbeiten.

Die Debatte um das Betreuungsgeld ist nun Anlass, das ziemlich unhistorische Familienbild erneut zu beschwören. Chefredakteur Dieter Stein behauptet: „Die Familie ist die kleinste, seit hunderttausend Jahren funktionierende und unser Überleben sicherende soziale Einheit. Um sie herum gliedern sich Sippen- und Stammesverbände bis zur Idee des Staates, der die Sicherung und den Fortbestand des Volkes auf der Basis der Familie garantieren sollte."

Nun ist die moderne Familie alles andere als hunderttausend Jahre alt – die Fortpflanzungsgemeinschaften haben in der Geschichte der Menschheit sehr unterschiedliche Formen und soziale Gestalten gehabt.

Der bürgerliche Nationalstaat ist auch nicht zur Sicherung der Familie entstanden, er war und ist eine Organisationsform, in der das Kapital seinen Fortbestand sicherte.

Das Argument wirft Stein im wesentlichen in die Debatte, um die Familie zu fördern: „Das ‚Betreuungsgeld' ist ein Witz angesichts der enormen Steuerlast, die Mittelschichtsfamilien tragen. Wir brauchen nichts weniger als eine Kulturrevolution – weg von der Idee staatlicher Kindererziehung, hin zur Eigenverantwortung und Stärkung der Familien als entscheidendem sozialen Schutzraum."

Das gesellschaftliche Problem allerdings ist, dass die „Familie" diese Aufgabe nicht erfüllt und staatliche Eingriffe Antworten genau auf dieses Problem sind.

Die Rechten möchten die Kleinfamilie des 20. Jahrhunderts zurück – allein die Wirklichkeit sieht anders aus.

Familie und demografische Entwicklung

Junge Freiheit Nr. 16/12
vom 13. April 2012

Nun wird langsam offenbar, dass selbst die vom Blatt oft beschimpfte Vielkinderfamilie mit Migrationshintergrund längst nicht mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit entspricht.

Migrantenfamilien, die länger in der Bundesrepublik, in Frankreich oder anderen westeuropäischen Staaten leben, haben weniger Kinder als die erste Migrationsgeneration. Der Wohlstand drücke die Geburtenrate behauptet das Blatt auf der einen Seite – im selben Aufsatz erklärt der Autor jedoch, „Mehr Geld bringt nicht mehr Kinder, aber weniger Geld – das haben die Erfahrungen und die Statistiken gezeigt – reduziert die Geburtenquote noch weiter."

Auch er plädiert für eine Art Kulturrevolution – für eine geistige Wende, „die Familie nicht nur individuell erstrebenswert macht …, sondern auch im politisch-medialen Establishment als Wert erscheinen lässt." Das lasse sich vermutlich nur über Wahlen oder Katastrophen ändern.

Die europäische Fiskalunion als Abschaffung des demokratischen Nationalstaats

Junge Freiheit Nr. 16/12
vom 13. April 2012

Der Beschluss des Bundestags zum ESM und zur Fiskalunion ist für das Blatt ein Skandal. Damit sei die Demokratie abgeschafft – und das ohne großen Widerstand: „Die Euro-kritischen Rechtsparteien werden verfemt und beschwiegen, von Hans-Olaf Henkel und den Freien Wählern härt man auch nichts mehr, dafür die Spaßpartei einer verwöhnten ‚Ich will alles und zwar umsonst'-Generation ins Umfragehoch geschrieben, die ausgerechnet zu diesem Thema keine Meinung hat … Aber die Zeit wird langsam knapp für die Bürger, um gegen ihre politische Enteignung auf die Barrikaden zu gehen."

Krach in der Deutschen Burschenschaft

Junge Freiheit Nr. 17/12
vom 20. April 2012

Der Chefredakteur der „Burschenschaftlichen Blätter" hat mit einem von Spiegel online weiterverbreiteten Leserbrief für gehörige Auseinandersetzungen im Lager der Burschenschaft gesorgt. Norbert Weidner hatte evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer Landesverrat vorgeworfen. Weidner ist noch Mitglied der FDP, war aber zuvor in zwei inzwischen verbotenen Neonazi-Organisationen – der Wiking-Jugend und der FAP – aktiv. Nun lassen erneut einige Burschenschaften ihre Mitgliedschaft im Dachverband ruhen und fordern den Rücktritt Weidners. Der kritisiert die Veröffentlichung in Spiegel online als „unburschenschaftlich und niederträchtig".

Wie die Auseinandersetzung ausgeht, wird der Verbandstag Pfingsten in Eisenach zeigen.

Die Frage ist, ob die rechten Verbände Oberwasser behalten oder ob die sogenannten liberalen Burschenschaften den Dachverband verlassen.

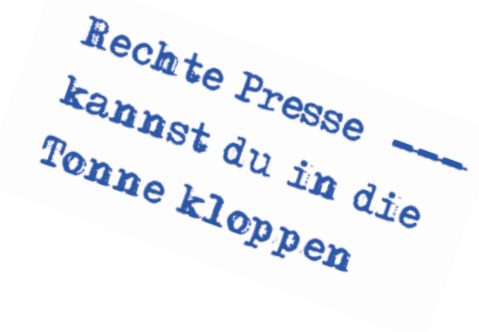
Lob für Kristina Schröder

Junge Freiheit Nr. 18/12
vom 27. April 2012

Frau Ministerin Schröder hat ein Buch veröffentlicht: „Danke, emanzipiert sind wir selber". Diese Veröffentlichung bringt das Blatt zur Feststellung, Frau Schröder sei in der falschen Partei, denn ihre Positionen zur Frauenquote und zum Betreuungsgeld hätten sie in der Union isoliert.

Nun müsse sie ihren Worten aber auch Taten folgen lassen – sie müsse sowohl „die Kita-Erziehung als auch die Erziehung zu Hause gleichwertig finanziell unterstützen". Dann könne man auch auf die Frauenquote in der Wirtschaft getrost verzichten – die Frauen sind ja zu Hause bei Küche und Kind.

uld ■



BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507